



Beilage zur Wochenzeitung

DasParlament

16. September 2002

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 **Olaf Georg Klein** *Essay*

Warum Ost- und Westdeutsche aneinander vorbeireden . . .

6 **Viktoria Kaina**

**Mit Herz und Konto?
Zur Wertigkeit der deutschen Einheit in
den alten Bundesländern**

13 **Heiner Meulemann**

**Werte und Wertwandel im vereinten
Deutschland**

23 **Gitta Scheller**

**Individualisierungsprozesse in
den neuen Bundesländern**
Zur Freisetzung aus den Arbeitskollektiven

30 **Rüdiger Pohl**

**Ostdeutschland im 12. Jahr nach
der Vereinigung**
Eine Bilanz der wirtschaftlichen Transformation

B 37–38/2002



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Berliner Freiheit 7
53111 Bonn.

Redaktion:

Dr. Klaus W. Wippermann
(verantwortlich)
Dr. Katharina Belwe
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer

Internet:

www.das-parlament.de
E-Mail: apuz@bbp.de

Die Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **DasParlament**
Maximineracht 11 c, 54295 Trier,
Tel. 06 51/4 60 81 41,
möglichst Fax 06 51/4 60 82 23,
nimmt entgegen:

● Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte

● Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung **DasParlament**
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 9,57 vierteljährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;

● Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Zwölf Jahre deutsche Vereinigung haben die Bundesrepublik insgesamt verändert. Das gilt auch für die Werthaltungen der Menschen in Ost- und Westdeutschland, die nach mehr als einem Jahrzehnt immer noch stark differieren oder sich sogar auseinander entwickeln. Herauszufinden, wie sich diese seit der Wende verändert und welchen Einfluss sie auf den weiteren Aufbau Ost haben, ist das Anliegen dieser Ausgabe. Unterstützung auf der einen und Zuversicht auf der anderen Seite sind wesentliche Voraussetzungen nicht nur für eine weitere materielle Annäherung von Ost und West.

■ *Olaf Georg Klein* plädiert in seinem Essay dafür, Differenzen in den ost-west-deutschen Werthaltungen nicht durch einseitige Anpassung (der Ostdeutschen) zu nivellieren, sondern kreativ mit ihnen umzugehen. Kommunikationsprobleme, hinter denen unterschiedliche kulturelle und mentale Prägungen, Erwartungen, Selbstverständlichkeiten stünden, erhalten so einen anderen Stellenwert.

■ Die Frage nach der Wertschätzung der deutschen Einheit in den alten Bundesländern führt *Viktoria Kaina* zu eher zwiespältigen Ergebnissen. Ob die Wiedervereinigung in Westdeutschland überhaupt erwünscht gewesen sei, lasse sich mit einem klaren „Ja, aber“ beantworten. Einerseits könne kaum die Rede davon sein, dass sich mit dem Tag der deutschen Einheit für eine Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung ein tief empfundener Herzenswunsch erfüllt habe. Andererseits seien die zur Überwindung der Teilung erforderlichen Einkommenseinbußen in Kauf genommen und die Vereinigung zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt worden.

■ Nach *Heiner Meulemann* ist eine „innere Einigung“ der Werthaltungen auch nach mehr als einem Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung nicht in Sicht. Eine Annähe-

rung der Werte Gleichheit, Leistung, Mitbestimmung und Akzeptanz lasse sich nicht nachweisen, die Wertedifferenz sei weitgehend konstant geblieben oder habe sich sogar vergrößert. Die Erklärung dafür, weshalb sich die Ostdeutschen von den Westdeutschen eher entfernten, sieht der Autor in ihrer Sozialisation in der DDR und in der schwierigen Situation der Transformation.

■ Die Wertedifferenz zwischen Ost- und Westdeutschen ist auch das Thema von *Gitta Scheller*. Die Autorin geht der Frage nach, inwieweit sich der Transformationsprozess im Sinne Ulrich Becks als Individualisierungsschub interpretieren lasse, wie er seit den sechziger Jahren für die alte Bundesrepublik zu konstatieren sei. Am Beispiel der „sozialistischen Arbeitskollektive“ kann *Scheller* eine Abschwächung solidarischer Arbeitsbeziehungen sowie eine Auflösung früher verordneter Freizeitkontakte im KollegInnenkreis nachweisen und damit die Becksche These verifizieren. Allerdings handele es sich in den neuen Bundesländern nicht um einen linearen und universellen Individualisierungstrend, sondern um ein nur partiell auftretendes Phänomen.

■ *Rüdiger Pohl*, der die enormen wirtschaftlichen Probleme analysiert, mit denen Ostdeutschland zwölf Jahre nach der Wende immer noch zu kämpfen hat, weist zugleich auf die erzielten Erfolge: Ostdeutschland hat die DDR weit hinter sich gelassen. Wenn Tatendrang und nicht Resignation das Handeln der Menschen prägten, werde der Aufbau Ost weiter vorankommen, ist der Autor überzeugt. Das größte Hindernis sei die verbreitete Unwilligkeit, sich über das bisher Erreichte zu freuen und daraus Selbstbewusstsein für die Fortführung des Transformationsprozesses zu schöpfen.

Katharina Belwe

Olaf Georg Klein

Warum Ost- und Westdeutsche aneinander vorbeireden . . .

Missverständnisse und Verständigungsprobleme in der Ost-West-Kommunikation treten erst allmählich ins öffentliche Bewusstsein. Im Alltag schlagen sie sich in einem diffusen Unwohlsein, in achselzuckendem Ärger, in resigniertem Kopfschütteln oder abwertenden Vorurteilen nieder. Oder man geht sich einfach aus dem Weg. Wie sehr sich die unterschiedlichen kulturellen und mentalen Prägungen auch in unterschiedlichen Arten zu kommunizieren – in unterschiedlichen Kommunikationskulturen – niedergeschlagen haben, wird erst allmählich klar.¹

Wer die Ost-West-Kommunikation beobachtet, fragt sich natürlich, ob ein bestimmtes Kommunikationsproblem wirklich nur auf die Unterschiede in den ost- und westdeutschen Kommunikationskulturen zurückzuführen ist, oder ob es nicht auch andere Erklärungsmuster gibt. Wir sind ja nicht nur von *einer* – der westlichen oder der östlichen – Kommunikationskultur geprägt, sondern auch von verschiedenen anderen sprachlichen Subkulturen. Da gibt es das bekannte Nord-Süd-Gefälle innerhalb des Ostens und innerhalb des Westens, es gibt landschaftliche Besonderheiten, es gibt altersbedingte, politische oder religiöse Sprachkulturen.

Aus diesen Gründen spreche ich auch nicht von „den Ostlern“ oder „den Westlern“, die es so natürlich nicht gibt, sondern von einer ost- und einer westdeutschen Kommunikationskultur, deren prägende Kraft nicht zu unterschätzen ist.² Aber warum sagt eine zwanzigjährige Ostdeutsche, sie fühle sich im Westen fremder als im Ausland? Wie kommt es, dass eine Trainerin aus dem Westen im Osten als arrogant und überheblich

wahrgenommen wird, nur weil sie nicht bereit ist, im Training über private Dinge zu sprechen? Warum ist ein Abteilungsleiter aus dem Osten über die Konfliktbereitschaft seiner westdeutschen Kollegen und Kolleginnen irritiert? Warum ist die Westchefin genervt, wenn sie den Ostkolleginnen gegenüber betonen muss, dass ihre Ausführungen rein sachlich und nicht persönlich gemeint seien?

Hinter diesen wiederkehrenden Irritationen verbergen sich unterschiedliche kulturelle und mentale Prägungen, Erwartungen und Selbstverständlichkeiten. Sie schlagen sich nicht nur in den Inhalten der Gespräche, sondern vor allem auch in der Form nieder, *wie* miteinander kommuniziert wird. Diese Unterschiede betreffen Einstellungen und Haltungen: zu uns selbst, zum eigenen Körper, zu anderen Personen, zum Aufbau und zur Wertigkeit von Beziehungen, zum Phänomen der Zeit, zum Thema von Teilhabe und Abgrenzung, zum Verhältnis von Nähe und Distanz, zur Frage von Konsens oder Konflikt, um nur einige zu nennen. Was die Verständigung erschwert, sind nicht unbekannte Worte wie „Goldbroiler“ oder „Datsche“ auf der einen Seite oder Anglizismen auf der anderen. Zu einer „gemeinsamen Sprache“ oder besser gesagt zu einer „gleichen Kommunikationskultur“ gehören nicht nur übereinstimmende Vokabeln. Wichtig ist auch die übereinstimmende Deutung des Gesagten. Voraussetzung dafür, einander verstehen zu können, sind ähnliche Wertehierarchien (die normalerweise nicht mitkommuniziert werden), gleiche kulturelle Hintergründe (die in Ost und West als vorhanden vorausgesetzt werden) und die gleiche Interpretation der Körpersprache. In Ost- und Westdeutschland differieren die Wertehierarchien, sind die kulturellen Hintergründe nicht gleich, wird die Körpersprache jeweils anders gedeutet. Drei gravierende Unterschiede seien im Folgenden angeführt:

Da ist *erstens* das unterschiedliche Zusammenwirken von verbalen und nonverbalen Kommunikationsformen in Ost- und Westdeutschland zu beobachten. So lassen sich beispielsweise Unterschiede in der Länge des Blickkontaktes, in der Vorstellung von „normaler“ körperlicher Nähe und Distanz, in der Bedeutung des Handgebens und in der Anzahl und Länge der Gesprächspausen feststellen. Diese nonverbalen Kommunikationsformen korrespondieren auf eine sehr spezielle Weise mit den jeweils

Der Essay basiert auf dem Buch des Autors: Ihr könnt uns einfach nicht verstehen – Warum Ost- und Westdeutsche aneinander vorbeireden, Frankfurt/M. 2001.

1 Dass Ost- und Westdeutsche unterschiedlich sprechen und hören, lesen und verstehen, heißt nicht, dass niemand mit der anderen Seite zurechtkäme. Das lässt sich am ehesten vergleichen mit der Kommunikation zwischen Männern und Frauen, die sich trotz aller Unterschiede verstehen.

2 Wenn zwei unterschiedliche Kommunikationskulturen aufeinander treffen, ist es nicht besonders sinnvoll, von einem „besser“ oder „schlechter“ der einen oder anderen Seite zu sprechen. Bei einem genaueren Vergleich zeigt sich, dass ein bestimmter Vorteil, der sich innerhalb einer Kommunikationskultur entwickelt hat, auch mit einem Nachteil einhergeht und umgekehrt. Das ist aus der interkulturellen Kommunikation bekannt und gilt auch für die Situation in Deutschland.

gesprochenen Worten. Man kennt das Problem beim Flirten. Über Erfolg oder Misserfolg in der Kommunikation entscheidet, ob das Gegenüber das Zusammenspiel von Worten und Gesten so wahrnimmt und deutet, wie es gemeint war.

Zweitens gibt es eine Reihe von Verständigungsproblemen hinsichtlich dessen, was wir „sagen“ und dessen, was wir „meinen“. Was gemeint ist, ergibt sich in jeder Kommunikationskultur aus einer ganz speziellen Mischung dessen, was tatsächlich gesagt – dem eigentlichen Text –, und dessen, was beim Gegenüber als „selbstverständlich“ vorausgesetzt wurde: dem so genannten Kontext. Dieser wird als bekannt und selbstverständlich vorausgesetzt. Ein Beispiel: In der westdeutschen Kommunikationskultur gibt es eine starke Trennung zwischen sachlich-öffentlichem und persönlich-privatem Lebensbereich. Sie gilt als selbstverständlich, muss also im Gespräch nicht eigens betont werden. In der ostdeutschen Kommunikationskultur sind beide Lebensbereiche viel stärker miteinander verzahnt. Aus diesem Grund bestehen die ostdeutschen Mitarbeiterinnen bei ihrer westdeutschen Chefin darauf, sie solle ihre Kritik als „rein sachlich“ und „nicht persönlich gemeint“ kennzeichnen, was aus deren Sicht vollkommen überflüssig ist.

Drittens ist der Bereich der Irritationen zu nennen, der mit der Sprachökonomie zusammenhängt. Man lässt alles „Überflüssige“ weg, von dem man glaubt, dass es sowieso klar sei. Auch hier sei zur Verdeutlichung ein Beispiel angeführt: Eine Person sagt zu einer anderen: „Bringen Sie mir doch bitte ein Glas Wasser.“ Wenn das Wasser lauwarm oder heiß ist, wenn nur ein paar Tropfen im Glas sind, wenn das Wasserglas schmutzig ist oder erst zwei Stunden später gebracht wird, ist schnell klar, dass die Kommunikation nicht ganz so vollständig war, wie man gedacht hatte.

Wie in diesem Fall wird in der Kommunikation das meiste nicht ausformuliert, sondern weggelassen bzw. vom Gegenüber unbewusst ergänzt. Solange es den unausgesprochenen Kontext kennt, gibt es keine Probleme. Die beginnen jedoch, wenn der gegenständliche Bereich verlassen wird. Beim Ausdrücken von Nähe oder Distanz, von Höflichkeit oder Schroffheit, von Interesse oder Desinteresse, von Zuneigung oder Ablehnung, von Anerkennung oder Kritik, bei der Deutung von Blicken, Gesten und Bewegungen ist der vorausgesetzte Kontext wesentlich schwieriger zu entschlüsseln und die Anzahl der möglichen Übertragungs- und Deutungsfehler ist entsprechend größer. Außerdem sind die Auswirkungen meist nicht sofort, sondern erst mit einer zeitlichen Verzögerung für beide Seiten zu spüren.

In der ost-west-deutschen Kommunikation ist in den oben genannten Bereichen von unterschiedlichen Voraussetzungen und Deutungen auszugehen. Dessen ungeachtet werden im Gespräch jeweils gleiche Kontexte unterstellt. Irritationen und Frustrationen, die sich die Beteiligten oft nicht wirklich erklären können, sind die Folge.

Zum Wesen des Kontextes gehört, dass sich die Sprechenden des Kontextes des Gesagten oft kaum bewusst sind (weil er in Fleisch und Blut übergegangen ist). Da – wie bei Ost- und Westdeutschen – die Kontexte differieren, muss das zu Problemen führen. Wenn man selbst die besten Absichten hat und dennoch Kommunikationsprobleme auftreten, liegt es nahe, die „Schuld“ beim Gegenüber zu suchen. Das hilft aber nicht weiter, weil die Ursache dafür nicht nur ein individuelles, sondern auch ein kulturelles Phänomen ist.

In welchen Bereichen mit Unterschieden – mit Irritationen, Missverständnissen oder sogar Kommunikationsschocks – zu rechnen ist, lässt sich hier nur summarisch zusammenfassen:³

1. Im *nonverbalen Bereich* gibt es Unterschiede in der Länge des als „normal“ empfundenen Blickkontaktes. Wenn man im Stehen miteinander spricht, wird ein jeweils unterschiedlicher körperlicher Abstand als „angemessen“ empfunden. Die Art und Weise, „Raum einzunehmen“ oder „Raum zu geben“, ist kulturell anders verankert. Schließlich gibt es unterschiedliche Anlässe und Empfindungen beim „Handgeben“. Auch die Länge der Sprechpausen, die für das Gespräch eklatante Auswirkungen hat, differiert in Ost und West.

2. Wenn man nicht schon im nonverbalen Bereich gestrauchelt ist, sind *die ersten Worte* die nächste Klippe. Es lassen sich gänzlich andere Strategien bei der Gesprächseröffnung Ost- und Westdeutscher nachweisen. Ob zuerst der Status oder die persönliche Beziehung zum Gegenüber in den Blick genommen wird, ist in Ost und West genau gespiegelt. Und bei der Selbstpräsentation liegen zwischen Ost und West Welten.

3. Zu den *häufigsten Konflikten* kommt es, wenn das Schweigen des Gegenübers von der einen Seite „ganz selbstverständlich“ als Zustimmung, von der anderen als Ablehnung interpretiert wird. Dann treffen bei Entscheidungsprozessen ganz unvermittelt Mehrheits- und Konsenskonzepte aufeinander und führen zu merkwürdigen Unterstellungen. Bei der einmal eher direkten und einmal eher indirekten Art der Auseinandersetzung geraten beide Seiten oft in eine Pattsituation. Und

³ Vgl. Olaf Georg Klein, Ihr könnt uns einfach nicht verstehen – Warum Ost- und Westdeutsche aneinander vorbeireden, Frankfurt/M. 2001.

wenn etwa Ost- und Westdeutsche Verabredungen treffen, sind Überraschungen und Irritationen auf beiden Seiten vorprogrammiert.

4. Im *Bereich der Arbeit* unterscheiden sich ost- und westdeutsche Kommunikationskultur beträchtlich, so etwa bei Anweisungen. Auch sind die Erwartungshaltungen in Bezug auf Fehler, die man machen darf oder eben nicht, unterschiedlich. Große Differenzen gibt es zudem hinsichtlich des Umgangs mit Zeit. Schließlich haben auch das gesprochene und das geschriebene Wort unterschiedliche Verbindlichkeit und Gültigkeit. Wie unterschiedlich das Persönlichkeitsmodell in Ost und West ist, lässt sich am besten an empfundenen Grenzüberschreitungen zeigen: wenn die unterschiedlichen Vorstellungen von dem, was sachlich-öffentlich und was persönlich-privat ist, aufeinander treffen.

5. Ein spezielles Kapitel sind *Ost-West-Paare*: Die Erfahrungen reichen hier von einem „Du bist ja ganz anders, und das ist wunderbar“ bis zu den kompliziertesten Doppelverwirrungen.

Es gibt *drei Gründe*, warum die Ost-West-Kommunikation oft als so schwierig empfunden wird:

Erstens werden das Ausmaß der Unterschiede und die damit einhergehenden Differenzen in den beiden Kommunikationskulturen nicht wahrgenommen.⁴

Zweitens wird in der Ost-West-Kommunikation nicht auf eine gegenseitige Annäherung der beiden Kommunikationskulturen, sondern – bewusst oder unbewusst – auf die einseitige Anpassung der Ostdeutschen gesetzt. So wurde anfangs erwartet, dass sich die Unterschiede in der Kommunikationskultur durch einseitige Anpassung schnell abschleifen würden. Aber genau das ist nicht eingetreten.

Drittens schließlich wird die Kommunikation in Deutschland oft schwierig, weil es in Ost wie West keine ausgeprägte Kultur gibt, Differenzen positiv zu bewerten und kreativ mit ihnen umzugehen. Wer sich Unterschieden neugieriger und erwartungsvoller nähert, könnte auftretende Kommunikationsprobleme nicht nur als Infragestellung und Verunsicherung, sondern auch als unerwartete Bereicherung erfahren.

Es sollte also ein Bewusstsein entstehen, dass es in Ost- und Westdeutschland *unterschiedliche* Kom-

munikationskulturen gibt. Bei Gesprächen zwischen Ost- und Westdeutschen müssten daher die Prinzipien der interkulturellen Kommunikation angewendet werden. Bei verbalen, emotionalen oder körperlichen Irritationen sollte man nicht dem Gegenüber (oder sich selbst) die Schuld geben, sondern das Problem da verorten, wo es am wahrscheinlichsten seine Ursache hat: in den unterschiedlichen Kommunikationskulturen. Wenn beide Seiten mit Verständigungsproblemen rechnen, münden Kommunikationsprobleme nicht zwangsläufig in Frustrationen. Es gilt die Regel: Je größer die Erwartungshaltung in Bezug auf eine Übereinstimmung ist, desto frustrierender sind die Erfahrungen, die man macht, und umso schwerer ist der „Kommunikationsschock“.

Mit einem „positiven Vorurteil“ ausgerüstet, ist es leichter, auftretende Irritationen bewusst zu registrieren. Der nächste Schritt wäre: die Empfindungen auszusprechen, die das Gegenüber bei einem ausgelöst hat, indem nachgefragt wird, was er oder sie gemeint hat (statt spontan emotional zu reagieren). Außerdem die eigenen Hintergründe oder auch den Kontext mitzukommunizieren, wenn man registriert, dass der oder die andere eine non-verbale oder verbale Reaktion zeigt, die in krassem Gegensatz zu dem steht, was man eigentlich intendiert hat.

Leider ist der „blinde Fleck“, an dem die eigene Kommunikation in einer ganz speziellen Situation scheitert, oft schwer zu erkennen. Das gilt vor allem, wenn jemand allein in der für ihn fremden Kommunikationskultur lebt und arbeitet. Aber auch bei Ost-West-Paaren münden Kommunikationsprobleme innerhalb der Beziehung oft in persönliche Schuldzuweisungen. Nicht zuletzt gilt das auch für angespannte Gruppensituationen. In solchen Fällen ist es gut, sich einen externen Berater zu suchen, der als Ansprechpartner, Übersetzer oder Trainer zur Verfügung steht.

Abschließend sei angemerkt, dass die gezielte Beobachtung und Verbesserung der eigenen kommunikativen Fähigkeiten – über die Ost-West-Kommunikation hinaus – wichtiger wird: In einer Zeit, in der Europa zusammenwächst, in der große Einwanderungsbewegungen vorherzusehen sind, kommt der interkulturellen Kommunikation immer größere Bedeutung zu. Zukünftig wird wesentlich mehr von dem, was dem Einzelnen innerhalb seiner Kommunikationskultur als „selbstverständlich“ erscheint, mitkommuniziert und „ausgehandelt“ werden müssen. Denn für den Gesprächspartner, der in einer ganz anderen kommunikativen Welt lebt, gibt es andere „Selbstverständlichkeiten“ – wie in Ost und West.

⁴ Wie falsch die Annahme ist, dass sich problemlos verständigen kann, wer eine (beinahe gleiche) Sprache spricht, kann man gut bei Engländern und Amerikanern beobachten. Auch bei diesen sind es nicht die Vokabeln, sondern die jeweiligen Kontexte, sind es die große Anzahl „ungeschriebener Gesetze“, die auf beiden Seiten als selbstverständlich angesehen werden, welche zu Kommunikationsschocks bei der Begegnung führen.

Mit Herz und Konto? Zur Wertigkeit der deutschen Einheit in den alten Bundesländern

I.

Der Prozess zur Herstellung der deutschen Einheit, der sich vor mehr als zehn Jahren in atemberaubender Geschwindigkeit vollzog, traf die alte Bundesrepublik im Großen und Ganzen unvorbereitet. Die damit verbundenen Rationalitätsdefizite im Handeln der westdeutschen politischen Akteure veranlassen dazu, von der „Einheit als Improvisation“ zu sprechen.¹ Die Asymmetrien zwischen ost- und westdeutschem Landesteil haben dabei ebenso die Richtung der Verhandlungen zum Einigungsvertrag vorgegeben, wie sie bis heute die Chancen und Hindernisse auf dem Weg zur „inneren Einheit“ beeinflussen.²

Inzwischen liegt eine Reihe von Publikationen vor, die vor allem den zehnten Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung zum Anlass nahmen, um die Entwicklung in Gesamtdeutschland seit dem 3. Oktober 1990 aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu bilanzieren.³ Obwohl sich die Bestandsaufnahmen angesichts der überwiegend ambivalenten und zum Teil widersprüchlichen Befunde zwischen

Optimismus und Skepsis bewegen, wird in den Analysen weitgehend übereinstimmend festgestellt, dass die mit der staatlichen Vereinigung ausgelösten Veränderungen die Bevölkerung im Osten Deutschlands mit größerer Intensität trafen als ihre Landsleute im Westen der Republik. Insbesondere die von der Mehrheit der DDR-Bevölkerung getroffene Entscheidung für den Beitritt ihres Landes zum Geltungsgebiet des Grundgesetzes und damit zugleich für eine rasche, per definitionem aber von westdeutscher Seite dominierte Vereinigung kann als wichtigste Ursache dafür gesehen werden, dass für die Menschen in den östlichen Bundesländern „nichts blieb wie es war“⁴, während die Lebens- und Alltagswelt der meisten Westdeutschen davon nur am Rande berührt wurde.⁵

Dies mag ein wesentlicher Grund dafür sein, dass in vielen politikwissenschaftlichen und soziologischen Untersuchungen zum Vereinigungsprozess besonderes Augenmerk auf die Folgen realer Anpassungszwänge und die subjektiven Hoffnungen, Ängste und Enttäuschungen der ostdeutschen Bevölkerung gelegt wird, um Friktionen und Konfliktpotenziale, Annäherungen und Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen zu analysieren. Doch mittlerweile mehren sich die zum Teil empirisch belegten Hinweise, dass mehr als zehn Jahre gemeinsamen Weges auch Spuren im westlichen Teil des Landes hinterlassen und die Bundesrepublik insgesamt verändert haben.⁶ Sowohl diese Beobachtungen als auch die Tatsache,

1 Vgl. Gerhard Lehbruch, *Einheit als Improvisation. Rationalitätsdefizite des Vereinigungsprozesses*, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Deutschland Ost – Deutschland West. Eine Bilanz*, Opladen 2002.

2 Vgl. z. B. Wolfgang Zapf, *Wie kann man die deutsche Vereinigung bilanzieren?*, in: Oskar Niedermayer/Bettina Westle (Hrsg.), *Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase*, Wiesbaden 2000; Klaus Schroeder, *Der Preis der Einheit. Eine Bilanz*, München–Wien 2000; Oskar Niedermayer, *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung*, Wiesbaden 2001, S. 113; Wolfgang Schluchter, *Einleitung*, in: ders./Peter E. Quint (Hrsg.), *Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach*, Weilerswist 2001; G. Lehbruch (Anm. 1).

3 Vgl. u. a. Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999*, Bonn 1999; Wolf Wagner, *Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick*, Hamburg 1999; Roland Czada/Hellmut Wollmann (Hrsg.), *Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre Deutsche Einheit*, Wiesbaden 2000; Wolfgang Thierse/Ilse Spittmann-Rühle/Johannes L. Kuppe (Hrsg.), *Zehn Jahre Deutsche Einheit. Eine Bilanz*, Opladen 2000; Heinz Herbert Noll/Roland Habich (Hrsg.), *Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland*, Frankfurt/M.–New York 2000;

K. Schroeder (Anm. 2); W. Schluchter/P. E. Quint (Anm. 2); H.-G. Wehling (Anm. 1); Alexander Thumfart, *Die politische Integration Ostdeutschlands*, Frankfurt/M. 2002.

4 W. Wagner, ebd., S. 12.

5 Vgl. Max Kaase, *Zur politischen Kultur und zur Lebenssituation der Bürger in West- und Ostdeutschland*, in: W. Schluchter/P. E. Quint (Anm. 2), S. 143.

6 Vgl. u. a. Aike Hessel/Michael Geyer/Elmar Brähler (Hrsg.), *Gewinne und Verluste sozialen Wandels. Globalisierung und deutsche Vereinigung aus psychosozialer Sicht*, Opladen–Wiesbaden 1999; K. Schroeder (Anm. 2); Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen 2000; H. H. Noll/R. Habich (Anm. 3); W. Zapf (Anm. 2); W. Schluchter/P. E. Quint (Anm. 2).

dass Westdeutsche für das Zusammenwachsen Deutschlands ebenfalls Opfer gebracht haben, vor allem aber die für eine erfolgreiche Vereinigung entscheidende Einsicht, dass die mentalen, sozialen und ökonomischen Folgelasten der Wiedervereinigung letztlich von *beiden* Bevölkerungen verkraftet werden müssen, sollten die Frage nach der Wertschätzung der deutschen Einheit in den alten Bundesländern ausreichend rechtfertigen. Dies gilt umso mehr, als demoskopische Befunde im zeitlichen Vor- und Umfeld des Vereinigungsdatums deutlich machen, dass viele Bundesbürger der Einheit Deutschlands nicht nur mit Freude, sondern ebenso mit Ängsten und Sorge entgegensehen.⁷ Zudem muss davon ausgegangen werden, dass auch in absehbarer Zeit das finanzielle Hauptgewicht der deutschen Wiedervereinigung vom Westteil der Bundesrepublik getragen werden muss.⁸ Damit ist jedoch nicht allein eine belastbare Solidarität der westdeutschen Bevölkerung mit ihren Landsleuten östlich der Elbe gefragt. In gleichem Maße geht es um die damit verknüpfte Bereitschaft der Bürger in den westlichen Bundesländern, entsprechende politische Entscheidungen weiterhin zu akzeptieren und nicht mit Vertrauensentzug für die Verantwortlichen in Parlament und Regierung zu sanktionieren.

Wenn Antworten darauf gegeben werden sollen, welche Bedeutung der deutschen Vereinigung innerhalb der westdeutschen Bevölkerung verliehen wird, gilt es, sich zuvor zwei weiteren Fragen zu stellen: Inwieweit wurde – *erstens* – die deutsche Einheit im Westen Deutschlands überhaupt gewollt? In diesem Zusammenhang, dem anschließend mit einem Blick zurück in die Vergangenheit weit und unmittelbar vor dem 3. Oktober 1990 nachgegangen werden soll, interessiert nicht allein die Höhe der Zustimmungsraten gegenüber dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung. Mindestens ebenso wichtig, wenn nicht bedeutsamer für die Loyalitätsbereitschaft gegenüber den Landsleuten im Osten sind die Substanz und Tragweite eines Vereinigungswunsches, wenn er sich völlig unerwartet in der Realität bewähren muss. Damit stellt sich in unmittelbarer Folge auch die nächste Frage: Woran lässt sich – *zweitens* – die Bedeutung der deutschen Einheit in den alten Bundesländern heute messen? Es wird sich zeigen, dass dies auf der Basis allgemeiner Bevölkerungsumfragen nur ansatzweise beantwortet werden kann.

7 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, München u. a. 1993; Manuela Glaab, Einstellungen zur deutschen Einheit, in: W. Weidenfeld/K.-R. Korte (Anm. 3); M. Kaase (Anm. 5).

8 Vgl. Jahresbericht 2001 der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit, BT-Drucksache 14/6979.

II.

Heute kann als umfangreich nachgewiesen gelten, dass die Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Einheit in der gesamten Geschichte der alten Bundesrepublik sowohl von der Politik als auch von der Gesellschaft getragen wurde.⁹ Obwohl die Unterstützung dafür in der Adenauer-Ära am stärksten ausgeprägt war, teilten noch bis zum Ende der achtziger Jahre je nach Befragungsinstrument durchschnittlich zwei Drittel bis zu drei Viertel aller Bundesbürger den Wunsch nach Überwindung der nationalstaatlichen Teilung.¹⁰ Demnach war das Grundgesetzgebot nicht nur im deutschlandpolitischen Zielkatalog aller amtierenden Bundesregierungen dieser Jahre verankert, sondern auch in den Auffassungen breiter Bevölkerungsmehrheiten.¹¹ Gleichwohl verlangt diese Feststellung nach wenigsten zwei Differenzierungen.

Erstens schien das relativ einhellige Ja der Bundesbürger zur deutschen Einheit bereits in den fünfziger Jahren in einem eigentümlichen Widerspruch zu der Feststellung damaliger Beobachter zu stehen, dass die Teilung Deutschlands „erstaunlich gleichmütig hingenommen wurde“¹². Darüber hinaus war das Ziel der Wiederherstellung der nationalstaatlichen Einheit von westdeutscher Seite an Bedingungen geknüpft. So verweigerte sich nicht nur die Regierung Konrad Adenauers einer deutschen Einheit um den Preis der Freiheit, auch die Bevölkerung zeigte wenig Bereitschaft, für die Wiedervereinigung ihre durch Westbindung neu gewonnene Sicherheit aufzugeben und mit substantziellen Einschnitten ihres bescheidenen, aber allmählich wachsenden Wohlstands zu bezahlen.¹³

Trotzdem blieb die Überwindung der deutschen Teilung nach Ansicht der Bundesbürger zwischen Anfang der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre die wichtigste zu lösende Aufgabe auf der politischen Problemagenda.¹⁴ Allerdings setzte mit dem

9 Vgl. Manuela Glaab, Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Regierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Opladen 1999.

10 Die höheren Zustimmungswerte beruhen auf Daten des seit 1977 von der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, erhobenen Politbarometers, die vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, aufbereitet, dokumentiert und zugänglich gemacht wurden (ZA-Nr. 2391). Die niedrigeren Werte basieren auf Umfragen der Instituts für Demoskopie Allensbach, vgl. dazu M. Glaab (Anm. 7), S. 307.

11 Vgl. M. Glaab (Anm. 7), S. 307 f.

12 Peter Graf Kielmansegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands, Berlin 2000, S. 498.

13 Vgl. ebd.

14 Vgl. M. Glaab (Anm. 7), S. 308.

Bau der Mauer am 13. August 1961 ein grundlegender Einstellungswandel ein, der sich unter dem Eindruck der neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition unter Führung von Willy Brandt festigte.¹⁵ Das bedeutete, *zweitens*, dass sich die Mehrheit der Bundesbürger zwar weiterhin zur deutschen Einheit bekannte, diese jedoch kaum noch für realisierbar hielt und daher anderen Problemen ihre Aufmerksamkeit schenkte. Exemplarisch lässt sich diese Entwicklung daran verdeutlichen, dass nach Daten des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen im Jahr 1979 nur noch 21 Prozent der westdeutschen Bevölkerung an die Wiedervereinigung innerhalb der nächsten 30 Jahre glaubten, während sie 79 Prozent für unwahrscheinlich oder sogar unmöglich hielten. Sechs Jahre später waren 17 Prozent der Meinung, dass die deutsche Einheit in den kommenden drei Jahrzehnten ganz bestimmt hergestellt werde oder zumindest möglich wäre. Von inzwischen 83 Prozent wurde diese Perspektive als wenig realistisch betrachtet oder völlig ausgeschlossen.¹⁶

Innenpolitische Akzentverschiebungen, aber auch ein allmählich einsetzender Gewöhnungseffekt an die staatliche Teilung trugen dazu bei, das Ziel der deutschen Wiedervereinigung trotz einer grundsätzlichen Befürwortung zunehmend „ins kollektive Unterbewusstsein der westdeutschen Gesellschaft“ zu verdrängen.¹⁷ Dabei zeigten vor allem jüngere Generationen, die auch immer seltener persönliche Bindungen zu Verwandten, Bekannten oder Freunden in der DDR hatten, ab den siebziger Jahren zunehmend Distanz zum Wunschziel der deutschen Wiedervereinigung.¹⁸

Obwohl sich die übergroße Mehrheit der Bundesbürger über die Jahre der Trennung hinweg für die deutsche Einheit aussprach, scheint sich dieser Wunsch nach den vorliegenden und von Manuela Glaab¹⁹ ausführlich dokumentierten demoskopischen Befunden im Laufe der Zeit zum „symbolischen Merkposten“²⁰ entwickelt zu haben, dem kaum Bedeutung für das eigene Leben eingeräumt wurde. In einer Umfrage des Instituts für Demoskopie (IfD) Allensbach im Jahr 1986 nach den Gründen befragt, für die sich ein Einsatz zur Wiederherstellung der deutschen Einheit lohne, antworteten zwar 70 Prozent der Bundesbürger:

„Weil wir alle Deutsche sind“ sowie jeweils 73 Prozent: „Damit irgendwann die Mauer überflüssig wird“ und: „Weil viele Menschen bei uns Verwandte in der DDR haben“.²¹ Doch gleichzeitig wussten die Bundesbürger – ganz im Gegensatz zur Bevölkerung der DDR, von der die Bundesrepublik immer als Referenzgesellschaft gesehen wurde – nur sehr wenig über die Verhältnisse im anderen Teil Deutschlands und zeigten daran auch nur geringes Interesse.²²

Entsprechend wurde das zwar latent vorhandene, doch insgesamt diffuse Verbundenheitsgefühl der westdeutschen Bevölkerung mit den Bürgerinnen und Bürgern jenseits der innerdeutschen Grenzen²³ während der rasanten Entwicklung zwischen dem Herbst 1989 und dem Tag der deutschen Einheit einer erheblichen Belastungsprobe ausgesetzt.

III.

Nach einer Erhebung der Forschungsgruppe Wahlen²⁴ glaubte im Oktober 1989 nur ein gutes Drittel der westdeutschen Bevölkerung daran, dass die Wiedervereinigung in den nächsten Jahren kommen werde. Eine deutliche Mehrheit von 56 Prozent der Befragten hielt das auch noch ein Jahr vor dem Oktober 1990 für unmöglich. Im Dezember 1989 wollte zwar die Mehrheit der Bundesbürger (55 Prozent), dass DDR und Bundesrepublik in Zukunft einen gemeinsamen Staat bilden. Aber immerhin 45 Prozent waren der Meinung, dass die beiden Landesteile auch künftig voneinander unabhängig bleiben sollten. Nur wenige Wochen darauf, im Januar 1990,²⁵ zeigten sich bereits 82 Prozent der Bundesbürger überzeugt davon, dass die Wiedervereinigung eine realistische Perspektive sei. Allerdings rechneten nur ganze zwei Prozent damit, dass die deutsche Einheit in weniger als einem Jahr erreicht sein werde, während die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung (51 Prozent) von einem Zeitraum zwischen einem und fünf Jahren ausging.

Die Ereignisse indes überschlugen sich, und die meisten Westdeutschen fühlten sich von dieser Entwicklung offenbar überrollt. Im Politbarometer vom Februar 1990 fanden 70 Prozent der Bundesbürger, dass es mit der Wiedervereinigung zu rasch vorgehe. Nur ein knappes Fünftel hielt das Tempo der Entwicklung für angemessen. Der in

15 Vgl. ebd.; M. Kaase (Anm. 5), S. 122.

16 Vgl. für die Angaben von 1979 ZA-Nr. 2182; für 1985 ZA-Nr. 1901.

17 M. Kaase (Anm. 5), S. 122.

18 Vgl. M. Glaab (Anm. 7), S. 311 f.; Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983, Bd. VIII, München u. a. 1984; E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 7).

19 Vgl. M. Glaab (Anm. 9).

20 G. Lehmbruch (Anm. 1), S. 38.

21 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 7), S. 432.

22 Vgl. M. Glaab (Anm. 7), S. 311.

23 Vgl. ebd., S. 312.

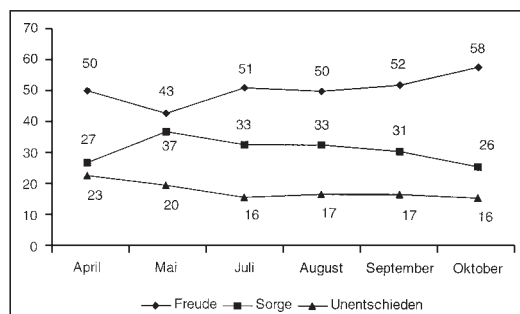
24 Vgl. ZA-Nr. 1779.

25 Vgl. ZA-Nr. 1920.

der Bevölkerung vorherrschende Eindruck eines übereilten Prozesses schien sich in den kommenden Monaten zwar etwas zu legen, doch auch im Juni desselben Jahres waren nach Daten des IfD Allensbach noch immer 52 Prozent der Westdeutschen der Ansicht, dass die Wiedervereinigung zu schnell verlaufe.²⁶ Daher überrascht es auch kaum, dass nur eine relative Mehrheit der Bundesbürger (47 Prozent) mit der Wiedervereinigungspolitik der damaligen Bundesregierung unter Helmut Kohl einverstanden war und fast ein Drittel dagegen – zumal das Thema deutsche Einheit zum kontroversen Gegenstand der Wahlkampfretorik im Vorfeld der Bundestagswahl 1990 wurde.²⁷ Gut ein Viertel der Bevölkerung zeigte sich in dieser Frage allerdings unentschieden, was Ausdruck der Unsicherheiten, Ängste und Sorgen ist, mit denen die Bundesbürger vom Beginn des Einigungsprozesses an ihrer Zukunft im wieder vereinten Deutschland entgegensehen.

Obwohl in den Monaten zwischen April und Oktober 1990 die Freude der Westdeutschen an der Wiedervereinigung ihre Sorgen überwog (vgl. *Abbildung*), zeigten sich die Bundesbürger im Vergleich zu ihren östlichen Nachbarn nicht nur weniger enthusiastisch, sondern teilweise auch etwas stärker verunsichert.²⁸ Vom IfD Allensbach im Februar 1990 über standardisierte Antwortvorgaben nach den Chancen der Wiedervereinigung befragt, äußerte sich die westdeutsche Bevölkerung insgesamt eher zurückhaltend.²⁹ Gut die Hälfte der Befragten erwartete ein wirtschaftlich erstarkendes Deutschland, doch nur 36 Prozent hofften auf einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, und lediglich 28 Prozent glaubten an ein neues Wirtschaftswunder. Darüber hinaus erwarteten nach Daten des Politbarometers 1990 zwischen Februar und Oktober durchschnittlich 52 Prozent der Bundesbürger vor allem Nachteile für die westdeutsche Bevölkerung, und nur 12 Prozent rechneten mit Vorteilen. Zwar war die Mehrheit der Meinung, dass auf lange Sicht die Vorteile der Wiedervereinigung auch im Westen des Landes überwiegen würden. Dennoch wurden negative Folgen für den Arbeits- und Wohnungsmarkt, eine größere Belastung für die Wirtschaft und die Sozialversicherungssysteme sowie eine wachsende Staatsverschuldung vorausgesehen.³⁰ An der Spitze der negativen Ahnungen stand jedoch die Befürchtung massiver Steuererhöhungen, die in einer offenen Frage 46 Prozent der Westdeutschen

Abbildung: Freude und Sorge über die Wiedervereinigung in Westdeutschland 1990



Quelle: E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 7), S. 452.

als wahrscheinliche Konsequenz nannten und nach standardisiert vorgegebenen Antwortmöglichkeiten sogar mehr als drei Viertel.³¹

Angesichts der heutigen Schwierigkeiten im Vereinigungsprozess hat die Voraussicht der westdeutschen Bevölkerung in der Retrospektive fast prophetischen Charakter und spricht neben einer grundsätzlich positiven Haltung gegenüber der deutschen Wiedervereinigung für eine gehörige Portion Realismus und skeptischer Zurückhaltung. Wichtigste Quelle dieser Grundstimmung war offensichtlich die antizipierte Notwendigkeit hoher Geldsummen zur Herstellung der deutschen Einheit, die 83 Prozent der westdeutschen Bevölkerung einen Monat vor dem Tag der deutschen Einheit auch für nicht bezifferbar hielten, weil sie sich erst im Laufe der Zeit herausstellen würden.³² Im Politbarometer vom Oktober 1990 gaben 84 Prozent an, dass die Kosten der deutschen Einheit für sie ein wichtiges oder sehr wichtiges Thema darstellten. Doch bereits im Februar 1990 waren zwei Drittel der Bundesbürger der Ansicht gewesen, dass jetzt vor allem an die Kosten der Wiedervereinigung gedacht werden müsse, während nur ein Fünftel meinte, dass es nicht die Zeit wäre, kleinkariert aufzurechnen.³³ Obwohl sich die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung im Klaren darüber war, dass für die Herstellung der Einheit Opfer notwendig sein würden, war die persönliche Verzichtsbereitschaft nur wenig ausgeprägt. Vor allem die finanzielle Unterstützung der DDR betrachteten die meisten Bundesbürger als Angelegenheit der Bundesregierung bzw. des Staates (46 Prozent), während beispielsweise Solidarbeiträge zur Lohn- und Einkommenssteuer mehrheitlich abgelehnt wurden.³⁴ Selbst in eigener Wahr-

26 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 7), S. 441.

27 Vgl. ebd., S. 445.

28 Vgl. ebd., S. 452.

29 Vgl. ebd., S. 456.

30 Vgl. ZA-Nr. 1920 sowie E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 7), S. 441.

31 Vgl. ebd.

32 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 7), S. 456

33 Vgl. ebd., S. 443.

34 Vgl. ebd., S. 457, 459.

nehmung schätzten im Oktober 1990 mehr als zwei Drittel der Westdeutschen die Opferbereitschaft im Westen des Landes als relativ gering ein, worin sie sich übrigens mit ihren Landsleuten in Ostdeutschland einig waren.³⁵

Man muss sicherlich nicht so weit gehen zu behaupten, dass die deutsche Einigung eher dem Westen als dem Osten „aufgezwungen“ wurde, wie Klaus Schroeder in Auseinandersetzung mit prominent gewordenen Kolonialisierungsvorwürfen an die westdeutsche Adresse argumentiert.³⁶ Dennoch belegen die demoskopischen Befunde im unmittelbaren Vorfeld der Wiedervereinigung, dass die Bürger im Westteil Deutschlands der Entwicklung nicht ohne Vorbehalte und Ängste begegneten und sich vom Tempo der Ereignisse zum Teil auch bedrängt und überfordert fühlten. Die Furcht vor negativen finanziellen Auswirkungen mag einerseits den Eindruck einer „kaufmännisch, unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten“³⁷ vollzogenen Wiedervereinigung erhärten. Andererseits ist darin vielleicht neben den gefestigten demokratischen Grundüberzeugungen der westdeutschen Bevölkerungsmehrheit eine weitere Begründung dafür zu sehen, dass der von vielen ausländischen Beobachtern befürchtete nationale Taumel und ein Wiederaufleben deutscher Großmannssucht ausblieben.

In der Summe kann die Frage, ob die Wiedervereinigung in Westdeutschland überhaupt gewünscht war, jedenfalls mit einem klaren „Ja, aber“ beantwortet werden. Der in der Bundesrepublik über Jahrzehnte konservierte Wunsch nach staatlicher Einheit war eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Gelegenheit der Geschichte genutzt werden konnte. Allerdings kann wohl kaum die Rede davon sein, dass mit dem Tag der deutschen Einheit für eine Mehrheit der Westdeutschen ein tief empfundener Herzenswunsch in Erfüllung gegangen ist.³⁸ Damit stellt sich jedoch besonders dringend die Frage danach, welche Bedeutung der Wiedervereinigung von den Menschen im Westteil des Landes eingeräumt wird, seitdem der formelle Akt der staatlichen Einigung vollzogen ist.

IV.

Entsprechend einer Allensbach-Umfrage vom Oktober 1990³⁹ versicherten 58 Prozent der West-

deutschen, dass sie der Tag der deutschen Einheit mit besonderer Freude erfüllt hat. Allerdings traf das überdurchschnittlich oft für ältere Befragte zu, die den Mauerbau noch bewusst erlebt haben. Angesichts der verbreiteten Sorgen und Unsicherheiten überrascht es nicht, dass die unverhoffte Wiedervereinigung in Westdeutschland mit einer gewissen Nüchternheit begrüßt wurde. Obwohl die Einheit von der Mehrheit der Bundesbürger gewünscht oder als unvermeidlich hingenommen wurde, schien sie in den Augen vieler Westdeutscher vor allem für die Menschen im Osten der Republik ein bedeutsames Ereignis darzustellen.⁴⁰ Dies spiegelt sich gewissermaßen auch darin wider, dass die Wiedervereinigung seit 1990 für die Bevölkerung in den neuen Bundesländern durchweg häufiger einen Anlass zur Freude darstellt als für ihre Landsleute im Westen. Abgesehen von einem Stimmungshoch zum Vereinigungsdatum und ungeachtet weniger Ausnahmen 1994 und 1995 sowie in der zweiten Jahreshälfte 2000 konnten sich in mehr als einem Jahrzehnt deutscher Einheit durchschnittlich nicht einmal die Hälfte aller Westdeutschen zur Freude über dieses Ereignis bekennen. Obwohl die größten Herausforderungen und gravierendsten Anpassungsschwierigkeiten von den Menschen in Ostdeutschland bewältigt werden mussten, wurde in den alten Bundesländern vergleichsweise häufiger Sorge über die Entwicklung geäußert als im Osten des Landes.⁴¹

Ob die deutsche Einheit im Westen der Republik für kostbar und wertvoll erachtet wird, bemisst sich jedoch nicht allein daran, ob Freude über die Wiedervereinigung empfunden wird. Im Gegenteil, die Sorge über die Entwicklung der Wiedervereinigung kann sogar Ausdruck von Wertschätzung sein, wenn diese Besorgnis mit der Bereitschaft einhergeht, in die Gemeinsamkeit zu investieren. Will man dafür nur finanzielle Opferbereitschaft zum Maßstab nehmen, stimmen die Daten des IfD Allensbach zunächst pessimistisch.⁴²

Nachdem die Einführung des Solidarbeitrages bereits im Politbarometer 1991⁴³ von der Hälfte der westdeutschen Bevölkerung als nicht gerechtfertigt angesehen wurde, verlangen in einer Allensbach-Umfrage vom September 2000 61 Prozent der Westdeutschen seine Abschaffung. Ein Jahr zuvor waren knapp zwei Drittel in den westlichen Bundesländern außerdem der Auffassung,

35 Vgl. ebd., S. 444.

36 Vgl. K. Schroeder (Anm. 2), S. 235.

37 Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte, Nation und Nationalbewusstsein, in: dies. (Anm. 3), hier S. 576.

38 Vgl. G. Lehmsbruch (Anm. 1), S. 42.

39 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 7), S. 446.

40 Vgl. K. Schroeder (Anm. 2), S. 243.

41 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002, München 2002, S. 498.

42 Vgl. ebd., S. 518 f.

43 Vgl. ZA-Nr. 2102.

dass für die Vereinigung zu viel Geld ausgegeben werde. Etwas positiver stimmt hingegen die Tatsache, dass wenige Monate darauf, im Januar 2000, eine knappe Mehrheit (52 Prozent) in Westdeutschland der Auffassung war, dass der Osten der Republik auch künftig finanziell unterstützt werden müsse, während 47 Prozent eine deutliche Kürzung der Zahlungen verlangten. Obwohl unter den Westdeutschen also von Anfang an wenig Neigung vorhanden war, für die Überwindung der Teilung persönliche Einkommenseinbußen zu akzeptieren, werden diese – wenn auch zähneknirschend – in Kauf genommen. Dabei mag helfen, dass die Mehrheit der Westdeutschen in eigener Wahrnehmung mit der Wiedervereinigung keine gravierenden Wohlstandseinbußen in Kauf nehmen musste,⁴⁴ wenngleich ihre subjektive Lebenszufriedenheit in unterschiedlichen Bereichen zwischen 1993 und 1998 zurückgegangen ist oder stagnierte.⁴⁵ Im gleichen Zeitraum ist übrigens der Anteil der Westbürger, die sich nach eigener Auffassung mit dem Osten Deutschlands solidarisch fühlen, von 50 auf 52 Prozent gewachsen.⁴⁶

Ausdruck von Solidarität und Verbundenheit der Westbevölkerung mit den Menschen im Osten sind jedoch nicht allein finanzielle Opfer, ob sie nun bereitwillig gezahlt werden oder nicht. Für das Zusammenwachsen beider Bevölkerungen nach vier Jahrzehnten aufgezwungener Trennung scheint langfristig bedeutsamer, inwiefern der Prozess der Wiedervereinigung eine emotionale Bindung an das geeinte Land und die gemeinsame Bevölkerung zu schaffen vermag. Denn aus westdeutscher Sicht dürfte das die Grundlage dafür sein, die Hilfe für den anderen Landesteil trotz eigener Einschränkungen auch künftig als legitime Unterstützungsleistung anzuerkennen. In dieser Frage, die meist mit dem Begriff der „inneren Einheit“ umschrieben wird, bestehen die markantesten Differenzen innerhalb der Forschung und die größten Widersprüche in der öffentlichen Wahrnehmung.⁴⁷ Trotz der Tatsache, dass es sich bei der

„inneren Vereinigung“ um einen facettenreichen Prozess mit ganz unterschiedlichen Problemdimensionen handelt, dürfte es als eine ermutigende Entwicklung gelten, dass die westdeutsche Bevölkerung inzwischen seltener Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen entdecken mag. Zwar ist auch noch im Jahr 2000 eine relative Mehrheit von 35 Prozent der Ansicht, dass die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen überwiegen, doch 1992 waren mit 52 Prozent noch die meisten Befragten in den alten Bundesländern dieser Ansicht.⁴⁸ Darüber hinaus wächst in beiden Landesteilen die Überzeugung, *ein Volk* zu sein:⁴⁹ Hielten 1997 nur 45 Prozent der Westdeutschen den Ausspruch „Wir sind ein Volk“ für zutreffend, waren es im September 2001 bereits 52 Prozent und damit die Mehrheit der Bürger. Und in den persönlichen Begegnungen der Menschen aus beiden Landesteilen scheint die „innere Mauer“ als Haupthindernis der „inneren Vereinigung“ nie eine große Rolle gespielt zu haben. Denn trotz der Anerkennung von Mentalitätsunterschieden⁵⁰ und beharrlich vorgetragener Negativstereotype⁵¹ zwischen Ost- und Westbevölkerung ist die überwältigende Mehrheit der Westdeutschen, die mit Menschen aus den östlichen Bundesländern zusammengetroffen sind, immer schon der Auffassung gewesen, dass man sich gut verstehe.⁵² Obwohl Missverständnisse aufgrund unterschiedlicher Kommunikationskulturen damit keinesfalls ausgeschlossen sind,⁵³ zeigen die Allensbacher Umfrageergebnisse zwischen 1991 und 2000, dass persönliche Begegnungen eine positive Entwicklung in der gegenseitigen Wahrnehmung stimulieren können.

Dies erscheint auch plausibel, wenn davon ausgegangen werden kann, dass zwischenmenschliche Beziehungen eine wesentliche Voraussetzung dafür bilden, sowohl Neugier und Interesse als auch Empathie und Verständnis für den anderen zu entwickeln. Die Bereitschaft dazu darf ebenfalls als ein Maß der allgemeinen Wertschätzung für den gemeinsamen Weg betrachtet werden. Allerdings zeigen Westdeutsche diesbezüglich noch größere Zurückhaltung, die hier nur impressionistisch illustriert werden kann. Die im vergangenen Jahr

44 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 41), S. 503; Wilhelm Bürklin/Christian Jung, Deutschland im Wandel. Ergebnisse einer repräsentativen Meinungsumfrage, in: Karl-Rudolf Korte/Werner Weidenfeld (Hrsg.), Deutschland-TrendBuch. Fakten und Orientierungen, Opladen 2001, hier S. 683.

45 Vgl. W. Zapf (Anm. 2), S. 169.

46 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 41), S. 502.

47 Ohne die Forschungsdebatte in aller Breite wiedergeben zu können vgl. beispielhaft Max Kaase, Innere Einheit, in: W. Weidenfeld/K.-R. Korte (Anm. 3); Hans-Joachim Veen, Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/97, S. 19–28; Detlef Pollack, Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Phänomen, in: Heiner Meulemann (Hrsg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen 1998.

48 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 41), S. 522.

49 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Wir sind ein Volk. Was die Deutschen zusammenhält, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. September 1999, S. 5; W. Bürklin/Chr. Jung (Anm. 44), S. 684.

50 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 7 und 41).

51 Vgl. M. Kaase (Anm. 47).

52 Das gilt im Übrigen für beide Bevölkerungsgruppen, vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 41), S. 520.

53 Vgl. Olaf Georg Klein, Ihr könnt uns einfach nicht verstehen. Warum Ost- und Westdeutsche aneinander vorbeireden, Frankfurt a.M. 2001. *Anmerkung der Redaktion*: Siehe auch den Essay des Autors in dieser Ausgabe.

heftig diskutierte Diagnose von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, dass die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland auf der Kippe stehe, wollte nach einer Allensbach-Umfrage im August 2001 im Vergleich zu 65 Prozent der Ostdeutschen nur ein Drittel der Befragten in den alten Bundesländern unterstützen.⁵⁴ Bezeichnenderweise traute sich jedoch eine relative Mehrheit der Westdeutschen (39 Prozent) ein Urteil in dieser Frage gar nicht erst zu. Noch im Mai 2001, mehr als ein Jahrzehnt nach der deutschen Vereinigung, war nicht einmal jeder Fünfte der Westdeutschen von sich überzeugt, die Verhältnisse im Osten der Republik gut oder sehr gut zu kennen (19 Prozent).⁵⁵ Eine deutliche Mehrheit (59 Prozent) äußerte sich diesbezüglich vorsichtig, indem sie meinte, die Lage in Ostdeutschland etwas zu kennen. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb konnten sich fast 80 Prozent der Befragten nicht vorstellen, in die neuen Bundesländern umzuziehen, um dort zu leben und zu arbeiten.⁵⁶

Von den bislang präsentierten demoskopischen Befunden einmal abgesehen, dürfte sich die Bedeutung der Wiedervereinigung für die westdeutsche Bevölkerung aber nicht allein danach bemessen, was man zu geben bereit ist. Vielmehr muss auch danach gefragt werden, was man glaubt, mit der deutschen Einheit gewonnen zu haben. Oder, wie Johannes Kuppe in dieser Zeitschrift einmal fragte: „Hat . . . die Vereinigung uns Deutschen glücklicher oder unglücklicher gemacht?“⁵⁷

Angesichts der Forschungslage stehen empirisch gestützte Antworten darauf jedoch noch weitgehend aus. Wohlstandsgewinne trafen für die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung nicht ein, wurden aber auch nicht erwartet. Als „Geschenk“ der deutschen Einheit sah sie einer Untersuchung Mitte der neunziger Jahre zufolge vor allem Freiheit, Demokratie und das Ende des Kalten Krieges.⁵⁸ Das sind jedoch allgemein gehaltene Bewertungen, die sich zum Teil auch weniger auf den eigenen Landesteil als auf die ostdeutsche Bevölkerung beziehen. Die spärlichen empirisch gestützten Informationen über mögliche Gründe, warum die Bevölkerung der alten Länder der

deutschen Einheit auch aus persönlicher und emotionaler Sicht Wertschätzung entgegenbringen sollte, scheint eher zu bestätigen, dass „die historische Zäsur der staatlichen Vereinigung zum schnell konsumierten Alltag wurde“⁵⁹.

Dafür spricht auch, dass im November 2000 trotz möglicher Mehrfachnennungen nur 14 Prozent der Westdeutschen im Vergleich zu 22 Prozent der Ostdeutschen die deutsche Wiedervereinigung als ein erinnerungswürdiges Datum der deutschen Historie betrachteten; nur 13 Prozent (Ost: 29 Prozent) wählten unter mehreren Antwortvorgaben die deutsche Einheit als den für die deutsche Gegenwart bedeutungsvollsten Geschichtsabschnitt.⁶⁰ Statt dessen dominieren im Geschichtsbewusstsein beider Bevölkerungsgruppen, vor allem jedoch im Westen der Bundesrepublik, mit der Erinnerung an den II. Weltkrieg und an die Verbrechen der Nazizeit die dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte.

Es lässt sich anhand dieser Ergebnisse nicht entscheiden, ob die Vereinigung für die Bevölkerung in den alten Bundesländern nur wenig Grund für Stolz und Dankbarkeit bietet, obwohl sie so lange gewollt und angestrebt wurde. Es könnte auch sein, dass sich dahinter wiederum die Tatsache eines von mehrfachen Asymmetrien gekennzeichneten deutschen Vereinigungsweges verbirgt, der die Welt der Ostdeutschen über Nacht aus den Fugen hob, während die der Westdeutschen vom Sturm der Ereignisse mehr oder weniger unberührt blieb und sich erst ganz allmählich in die Veränderung schickt.

Doch bei allen Problemen, mit denen die Folgen der Wiedervereinigung das vereinte Deutschland konfrontierte und die laut Politbarometer vom September 2000 drei Viertel der Westdeutschen auch noch für größtenteils ungelöst halten, wurde die Einheit Deutschlands von der Westbevölkerung zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt. Selbst als der Pessimismus überwog und im September 1992 mehr als die Hälfte der Westdeutschen der Meinung war, dass es mit der Einheit schlechter als gedacht laufe, hielten 82 Prozent die Wiedervereinigung nach wie vor für richtig, acht Jahre später sogar 90 Prozent.⁶¹ Was kann größerer Ausdruck von Wertschätzung sein als das Festhalten an der einmal getroffenen Entscheidung, die Zukunft fortan gemeinsam zu gestalten?

54 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 41), S. 504.

55 Vgl. ebd., S. 519.

56 Vgl. ebd., S. 505.

57 Vgl. Johannes L. Kuppe, Vom Charme neuer deutscher Gelassenheit. Die Vereinigung Deutschlands – Glücksfall oder Danaergeschenk der Geschichte?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39–40/2001, S. 3–5, hier S. 3.

58 Vgl. Dorothea Roether/Antje Fischer-Cyrlies, „Wendeleben“ in seiner Beziehung zu Persönlichkeitsmerkmalen und Werthaltungen, in: A. Hessel u. a. (Anm. 6), hier S. 143.

59 M. Glaab (Anm. 7), S. 315.

60 Vgl. W. Bürklin/Chr. Jung (Anm. 44), S. 677 f.

61 Für die Daten von 1992 vgl. ZA-Nr. 2275, für 2000 ZA-Nr. 3425.

Werte und Wertwandel im vereinten Deutschland

Die deutsche Wiedervereinigung war ein asymmetrischer Prozess: Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland – der institutionelle Rahmen Westdeutschlands – wurde auf die DDR übertragen. Die Ostdeutschen mussten und müssen die *Situation* einer neuen Verfassung vor dem Hintergrund ihrer *Sozialisation* in der DDR bewältigen. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass sie sich in ihren Werthaltungen an die Westdeutschen anpassen. Die neue Verfassung traf und trifft in Ostdeutschland auf eine Bevölkerung, welche naturgemäß die Dinge erst einmal aus der Sicht der Verfassung der DDR bewertet. Wie die Ostdeutschen den Transformationsprozess erleben, was sie in der *Situation* dieses Prozesses erfahren, interpretieren sie auf Basis ihrer *Sozialisation* in der DDR. *Sozialisation* und *Situation* sind nicht – wie häufig unterstellt – alternative Einflüsse; sie wirken zusammen.

Die Wirkung der *Sozialisation* in der DDR lässt sich nur ermessen, wenn man die Werthaltungen der West- und Ostdeutschen unmittelbar nach der Wiedervereinigung erfragt. Die Wirkung der *Situation* der Transformation, genauer der Einübung der Ostdeutschen in die neue Verfassung der Bundesrepublik, lässt sich aber nur vor dem Hintergrund der *Sozialisation* in der DDR verstehen. Ich will im Folgenden – in Erweiterung zweier älterer Arbeiten¹ – die Wirkung der *Sozialisation* in der DDR im Hinblick auf Werteinstellungen unmittelbar nach der Wiedervereinigung und das Schicksal dieser Werte in der *Situation* der nachfolgenden Transformation Ostdeutschlands an Hand ausgewählter Zeitreihen analysieren. Dazu muss ich zunächst begründen, welche Werte überhaupt betrachtet werden sollten und welche Unterschiede zwischen den Landesteilen man unmittelbar nach der Wiedervereinigung und in der Folgezeit erwarten sollte, wenn man für jeden Landesteil eine spezifische *Sozialisation* unterstellt, die in Ostdeutschland auf die *Situation* des Anpassungszwangs an den institutionellen Rahmen der alten Bundesrepublik traf.

1 Vgl. Heiner Meulemann, Aufholtendenzen und Systemeffekte. Eine Übersicht über Wertunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/95, S. 21–33; ders., Werte und Wertwandel, Weinheim 1996. – Eine längere Version dieses Aufsatzes erscheint in diesem Jahr als Studienskript der Fernuniversität Hagen.

I. Die Sozialisation der Sozialverfassungen und die Situation der Transformation

1. Werte der sozialen Integration

Werte sind „Vorstellungen des Wünschbaren“². Sie geben der Person Orientierung und gewährleisten so deren Integration in die Gesellschaft. Moderne, sich funktional differenzierende Gesellschaften halten zusammen, weil alle Individuen zwei Werte mehr oder minder stark unterstützen, welche die soziale Differenzierung rechtfertigen: *Gleichheit* und *Leistung*. Die zunehmende Arbeitsteilung erfordert einerseits, dass die Startchancen für alle weitgehend gleich sind. Denn nur dann kann man von jedem erwarten, dass er seine spezialisierten Aufgaben auf Dauer verfolgt, und nur dann lässt sich die unvermeidliche Ungleichheit als Ergebnis unterschiedlicher Leistung rechtfertigen. Leistung ist das Ergebnis individueller, nach verbindlichen Gütemaßstäben messbarer Anstrengung. Sie muss nicht nur individuell gewollt, sondern auch sozial möglich sein. Die zunehmende Arbeitsteilung erfordert also andererseits, dass jeder in seiner spezialisierten Funktion seine Individualität gewinnen kann. Damit die Gesellschaft Bestand hat, muss Leistung als Selbstverwirklichung durch spezialisierte Arbeit ein realistisches Ziel sein.

Gleichheit und Leistung existieren als Wertvorstellungen der Differenzierung zwischen Individuen und können zugleich die Differenzierung zwischen Individuen rechtfertigen. Die zunehmende Arbeitsteilung führt aber nicht allein zur Differenzierung zwischen Individuen, sondern auch zur Bildung funktional spezialisierter Lebensbereiche wie Politik, Wirtschaft oder Erziehung, die nach eigenen Regeln über Lebenschancen ihrer Mitglieder entscheiden. Deshalb müssen die betroffenen Mitglieder ein Recht auf Mitbestimmung haben. *Mitbestimmung* ist daher ein dritter Wert moderner Industriegesellschaften.

2 Clyde Kluckhohn, Values and Value Orientations in the Theory of Action, in: Talcott Parsons/Edward A. Shils (Hrsg.), Toward a general Theory of Action, Cambridge/Mass. 1951, S. 395.

Die Differenzierung zwischen Individuen und zwischen Funktionen, die für moderne Industriegesellschaften typisch ist, kann schließlich als selbstverständlich hingenommen werden. Man kann Institutionen, Traditionen und Autoritäten wünschenswert finden, weil sie so sind, wie sie sind: Diese Werthaltung soll *Akzeptanz* genannt werden. Akzeptanz kann zur Integration jeder Gesellschaft beitragen – ob modern oder nicht. In modernen Gesellschaften wird Akzeptanz jedoch der Gegenpol zum Wert der *Selbstbestimmung*, dessen Verwirklichung unvermeidlich auf Grenzen stößt.

2. Struktur Chancen des Individualismus und das Diktat der Politik

Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sollte man dort erwarten, wo die *Sozialverfassung*, also die politische Verfassung und die grundlegenden Institutionen der beiden früheren Teilstaaten, unterschiedliche Chancen bereitgehalten haben. Die BRD war eine Marktwirtschaft mit privatem Eigentum an Produktionsmitteln, die DDR eine Planwirtschaft mit staatlichem Eigentum an allen zentralen Produktionsmitteln. Die BRD war eine repräsentative parlamentarische Demokratie mit Parteienkonkurrenz, in der DDR besaß *eine* Partei – die SED – die Monopolherrschaft. Das System der sozialen Sicherung diente in der BRD dem Schutz gegen Risiken, in der DDR der risikounabhängigen Versorgung. Die Öffentlichkeit der BRD war durch einen Pluralismus der Meinungen und Überzeugungen gekennzeichnet, die Öffentlichkeit der DDR durch den Hegemonieanspruch der marxistisch-leninistischen Weltanschauung. Die Bürgerinnen und Bürger der BRD mussten ihren Arbeitsplatz finden, zwischen unabhängigen Parteien wählen, sich um ihr eigenes Wohl kümmern und sich in den Moden und Meinungen des Tages zurechtfinden; den Bürgern und Bürgerinnen der DDR wurde der zugewiesene Arbeitsplatz garantiert, sie gaben einer führenden Partei oder deren Ablegern ihre Zustimmung, waren mit betrieblichen Sozialleistungen vom Krippenplatz bis zur Urlaubsfahrt versorgt und riskierten mit öffentlichen Meinungsäußerungen das Odium der Abweichung. In der BRD bot die Sozialverfassung ihren Bürgern mehr *Optionen*, in der DDR mehr *Leistungen*. Die Sozialverfassung der BRD enthielt mithin mehr *Struktur Chancen für Individualismus* als die der DDR. Aber Individualismus impliziert soziale Differenzierung, also Ungleichheit, Leistung, Mitbestimmung und Selbstbestimmung.

Wenn die unterschiedlichen Sozialverfassungen der beiden früheren Teilstaaten also tatsächlich unterschiedliche Struktur Chancen des Individualismus bereitgestellt haben und dadurch die jewei-

lige Bevölkerung unterschiedliche Werthaltungen erworben hat, dann sollte *unmittelbar nach der Wiedervereinigung* die ostdeutsche Bevölkerung Gleichheit mehr, Leistung weniger, Mitbestimmung weniger und Akzeptanz mehr betonen als die westdeutsche. Diese Hypothesen, die zusammenfassend als *die Strukturhypothese* bezeichnet werden sollen, sind in der ersten Spalte der *Tabelle 1* dargestellt. Wenn die Strukturhypothese scheitert, dann muss das Diktat der auf bestimmte Werteinstellungen gerichteten Politik der SED die Diskrepanzen zwischen der ost- und westdeutschen Bevölkerung erklären. *Struktur Chancen des Individualismus* und *Diktat der Politik* sind also die beiden Erklärungsebenen für Wertunterschiede zwischen den deutschen Landesteilen.

Tabelle 1: Die Strukturhypothese: Wert-Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland unmittelbar nach der Wiedervereinigung und hypothetische Entwicklungen in Ostdeutschland im folgenden Jahrzehnt

	Differenz 1990	Entwicklungen in Ostdeutschland		
	Sozialisation in der DDR (Verfassung der DDR)	Verblasende Sozialisation	Fortwährende Sozialisation	Sozialisation in Situation
		Annäherung	Konstanz	Distanzierung
Gleichheit	O	↓	→	↑
Leistung	W	↑	→	↓
Mitbestimmung	W	↑	→	↓
Akzeptanz	O	↓	→	↑

O = stärkere Ausprägung in Ostdeutschland.
W = stärkere Ausprägung in Westdeutschland.
↑ Anstieg, ↓ Rückgang, → Konstanz.

3. Annäherung, Konstanz oder Distanzierung?

Die Werthaltungen der ostdeutschen Bevölkerung nach der Wiedervereinigung können also mit Verzögerung auf den Verfassungswechsel reagieren. Wie lange sollte die Verzögerung dauern? Die Antwort hängt von den Annahmen über die Wirkung der alten Verfassung in der neuen Umgebung ab. Drei Annahmen sind denkbar:

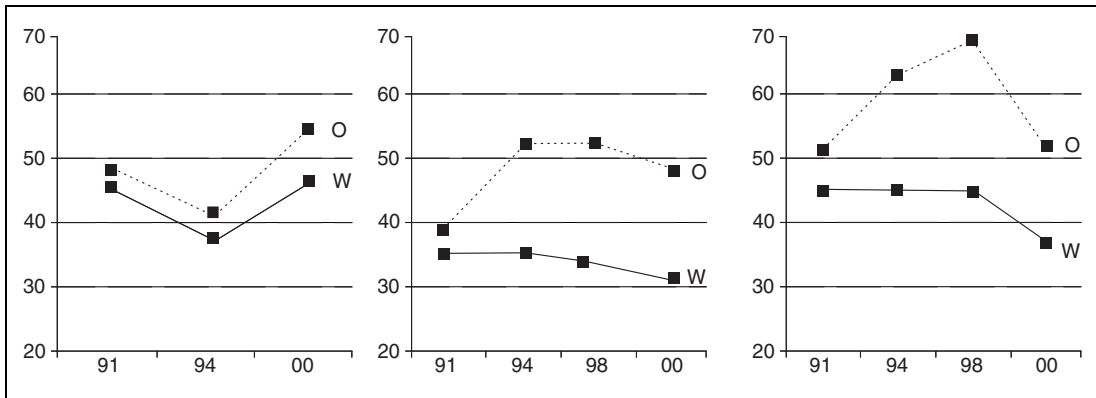
Die *erste* und einfachste Annahme ist, dass die Prägung der Bevölkerung durch die alte Verfassung in der Dekade nach der Wiedervereinigung verblasst, weil die neue Verfassung die Bevölkerung zum Umlernen zwingt. Die Ostdeutschen sollten sich also in ihren Werthaltungen den Westdeutschen angleichen. Die *Annäherung* ist in der zweiten Spalte der *Tabelle 1* dargestellt.

Abbildung 1: Zustimmung zu Ergebnisgleichheit in der neuen Bundesrepublik 1991 bis 2000 (in Prozent)

(1) Einkommen nicht nach Leistung sondern Bedarf: Zustimmung

(2) Einkommensunterschiede als Leistungsanreiz: Ablehnung

(3) Ungleichheit aus Chancennutzung: Ablehnung



Quelle: ALLBUS-Daten.

Die *zweite* und etwas anspruchsvollere Annahme ist, dass die alte Verfassung tief genug im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist, mit dem Ergebnis, dass sich diese den Anforderung des Umlernens in der neuen Umgebung wenigstens eine Dekade lang widersetzt. Die Sozialisation durch die DDR sollte also fortwirken, und die Distanz zwischen den Werthaltungen in beiden Landesteilen sollte sich nicht verändern. Die *Konstanz der Unterschiede* ist in der dritten Spalte von *Tabelle 1* dargestellt.

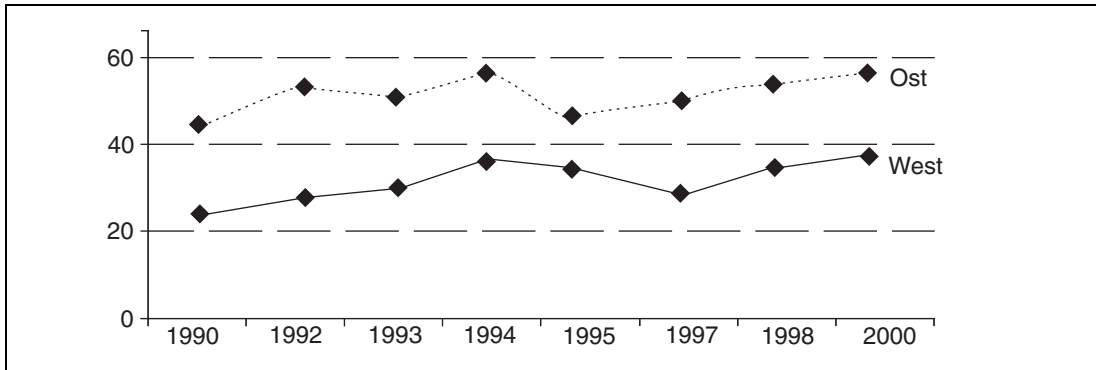
Die *dritte* und anspruchsvollste Annahme besteht schließlich darin, dass sich das sozialisationsbedingte Verhalten in der neuen Umgebung nicht nur nicht ändert, sondern dass dadurch auch die Wahrnehmung der neuen Umgebung gefiltert wird. Die Ostdeutschen geraten nicht unvermittelt in die *Situation* der Transformation, sondern erleben diese mit ihren in der alten Verfassung erworbenen Werthaltungen. Die *DDR-Sozialisation* würde bei dieser Annahme nicht nur fortwirken, sondern auch die Prozesse des Umlernens steuern, so dass es nicht zu einer Annäherung, sondern zu einer Distanzierung von den Werthaltungen kommt, die von der neuen Verfassung gefordert und von der westdeutschen Bevölkerung längst akzeptiert sind. Die *Distanzierung* ist in der vierten Spalte von *Tabelle 1* dargestellt.

Im Folgenden werden Gleichheit, Leistung, Mitbestimmung und Akzeptanz unter zwei Gesichtspunkten untersucht. *Erstens*: Trifft nach der Vereinigung die Strukturhypothese zu, oder hat das Diktat der Politik der DDR die Unterschiede bewirkt? *Zweitens*: Welche der drei Entwicklungen zeigt sich in der Folgezeit?

II. Gleichheit

Gleichheit wird oft auf die Verteilung von Einkommen und Status bezogen; dann spricht man von Ergebnisgleichheit. Aber nach dem Verteilungsprinzip der Leistung sollten unterschiedliche Ergebnisse aus unterschiedlichen Leistungen bei gleichen Startchancen resultieren. Die Unterstützung von Gleichheit wurde deshalb *erstens* an der Entscheidung zwischen der Ergebnisgleichheit und dem Leistungsprinzip gemessen. Die Befragten wurden um ihre Zustimmung oder Ablehnung zu drei Vorgaben gebeten (*Abbildung 1*). *Erstens*: „Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des Einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er für ein anständiges Leben braucht.“ *Zweitens*: „Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung.“ *Drittens*: „Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.“ Die Fragen entstammen der Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), die Auszählungen finden sich in den Codebüchern des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln. Wer der ersten Vorgabe zustimmt und die zweite und dritte Vorgabe ablehnt, der unterstützt Gleichheit gegen Leistung als soziales Verteilungsprinzip. Die Zustimmung zur Ergebnisgleichheit in West- und Ostdeutschland zwischen 1991 und 2000 ist in *Abbildung 1* dargestellt.

Abbildung 2: Ergebnisgleichheit vs. Selbstenfaltung in West- und Ostdeutschland 1990 – 2000*



* Frageformulierungen: „Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit – wenn Sie das bitte einmal lesen. Welcher von beiden sagt eher das, was Sie denken?“ (Bildblattvorlage) 1) „Ich finde Freiheit und möglichst große Gleichheit eigentlich beide gleich wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, wäre mir die persönliche Freiheit am wichtigsten, dass also jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann.“ 2) „Sicher sind Freiheit und Gleichheit gleich wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, fände ich die möglichst große Gleichheit am wichtigsten, dass also niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind.“ Angegeben sind die Prozentwerte für die zweite Vorgabe.

Quelle: Sonderauswertungen von Werner Süßlin, Institut für Demoskopie Allensbach.

Alle drei Indikatoren – die Zustimmung zu „Bedarf“ wie die Ablehnung von „Leistungsanreiz“ und „Chancennutzung“ – zeigen die gleiche Tendenz: Während 1991 keine Unterschiede zwischen den Landesteilen bestehen, brechen sie 1994 auf und verstärken sich bis 1998 oder 2000. Die Ostdeutschen befürworten zunehmend die Ergebnisgleichheit und werden kritischer gegenüber dem Leistungsprinzip. Gleich bei der Vereinigung wird also die Strukturhypothese widerlegt. Aber bald danach kommen die erwarteten Unterschiede auf. Die Strukturhypothese wird gleichsam mit Verspätung bestätigt – und von den drei möglichen Entwicklungen zeigt sich die Distanzierung.

Warum sind die Ostdeutschen anfänglich für das Leistungsprinzip begeistert, und warum nimmt diese Begeisterung kontinuierlich ab? Die Erklärung dafür liegt in ihrer *Sozialisation* in der DDR und in der *Situation* der Transformation.

Was die *Sozialisation* in der DDR betrifft, so ging diese offenbar nicht mit einer vollkommenen Abwertung des Leistungsprinzips einher. Befragungen in Betrieben der DDR zwischen 1967 und 1990 haben ergeben,³ dass die mangelnden Möglichkeiten leistungsgerechter Entlohnung und damit der Selbstverwirklichung als Defizit empfunden wurden. Dass die Ostdeutschen 1990 Chancengleichheit sehr oft bejahen, ist vermutlich die Folge des Überlebens des Leistungsprinzips oder gar die Reaktion auf seine mangelnde Verwirklichung. Der Bevölkerung der DDR wurde *einer-*

seits die Chance der Selbstverwirklichung durch Leistung versagt, *andererseits* die damit verbundenen Anforderungen und Risiken erspart. Die Sozialisation in der DDR bewirkte mithin nicht, wie in der Strukturhypothese vermutet, eine Abwertung des Leistungsprinzips (siehe *Tabelle 1*); der Wert Leistung wurde in der DDR nur ausgehöhlt.

Die in der DDR sozialisierte ostdeutsche Bevölkerung trifft auf eine Transformations-*Situation*, die ihr Argumente gegen das Leistungsprinzip liefert. An die Stelle staatlicher Arbeitsplatzgarantien trat der Arbeitsmarkt, auf eine planwirtschaftlich subventionierte Vollbeschäftigung mit einem verfassungsmäßig garantierten „Recht auf Arbeit“ folgte mit dem Umbau zur Marktwirtschaft eine hohe Arbeitslosigkeit. Diese Erfahrungen dämpften mehr und mehr die gleichsam „unschuldige“ Begeisterung für das Leistungsprinzip. Dass nach 1990 die ostdeutsche Zustimmung zum Prinzip der Chancengleichheit sich von der westdeutschen entfernt, erklärt sich also daraus, dass die Ostdeutschen die Transformation im Lichte ihrer in der DDR erworbenen Wertvorstellungen erleben. Der Rückgang des Werts Leistung ergibt sich weder aus der *Sozialisation* noch aus der *Situation*, sondern aus dem Zusammenwirken beider.

Ergebnisgleichheit ignoriert nicht nur Unterschiede der Leistung, sie schränkt auch die Selbstenfaltung der Person ein. Leistung wie Selbstenfaltung sind Motive; aber nur Leistung ist zugleich auch ein soziales Verteilungsprinzip. Leistung wie Selbstenfaltung zielen auf Unter-

³ Vgl. H. Meulemann, Werte und Wertewandel (Anm. 1), S. 191–195.

scheidung, aber nur das Leistungsprinzip kann Unterschiede rechtfertigen. Ergebnisgleichheit steht also nicht nur zu einem sozialen Verteilungsprinzip, sondern auch zu persönlichen Motiven überhaupt in Spannung. Die Unterstützung der Ergebnisgleichheit wurde deshalb, *zweitens*, als Entscheidung zwischen Ergebnisgleichheit und Selbstentfaltung erfasst.

Zur Wahl zwischen den beiden „gleich wichtigen“ Werten der „persönlichen Freiheit“ und der „möglichst großen Gleichheit“ gezwungen, geben – wie *Abbildung 2* zeigt – zwischen 1990 und 2000 von den Ostdeutschen rund 20 Prozent mehr als bei den Westdeutschen der Gleichheit den Vorzug; und diese Differenz bleibt bis 2000 konstant. Im Westen steht also Selbstentfaltung über, im Osten unter der Ergebnisgleichheit. Der Strukturhypothese entsprechend sind die Ostdeutschen stärker für die Gleichheit der Ergebnisse; und von den drei möglichen Entwicklungen zeigt sich die Konstanz.

Bei *beiden* Indikatoren stehen sich also heute die Ost- und Westdeutschen als Befürworter der Ergebnis- bzw. Chancengleichheit gegenüber. Die Strukturhypothese wird aber bei der Entscheidung zwischen Ergebnisgleichheit und Leistungsprinzip erst mit Verspätung bestätigt. Die Vorliebe der Ostdeutschen für die Ergebnisgleichheit spiegelt einerseits die *Sozialisation* in der DDR, andererseits die Erfahrungen in der Transformation wider.

III. Leistung

Im vorausgehenden Abschnitt wurde das Leistungsprinzip als Gegenspieler der Ergebnisgleichheit behandelt. Aber Leistung ist nicht nur ein soziales Verteilungsprinzip, sondern kann zugleich ein *Motiv*, eine Perspektive für das persönliche Handeln sein. Wer leistungsmotiviert an seine Arbeit herangeht, für den bekommt der Beruf einen persönlichen Sinn. Das berufliche Leistungsmotiv wurde daher erstens durch eine Frage nach dem Rang von Arbeit und Freizeit und zweitens durch eine Frage nach der Bedeutung des Berufs für die Person erhoben.⁴

Die Bevorzugung des Berufs vor der Freizeit bleibt im Westen Deutschlands nach der Wende ungefähr konstant; im Osten nimmt sie bis 1993 zu, um bis 1998 wieder abzunehmen, so dass sich

4 Vgl. Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt und der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn: Arbeitshilfen für die politische Bildung, Schriftenreihe Band 365 (1988: Bundesrepublik, 1990: DDR), Bonn 2000, S. 492 und S. 494.

der Abstand zwischen den Landesteilen bis 1993 vergrößert und bis 1998 konstant bleibt. Die Wichtigkeit der Arbeit für das Wohlbefinden wird 1988/90, 1993 und 1998 im Westen rund 20 Prozentpunkte niedriger bewertet als im Osten. Ganz gleich, ob nach dem Vorrang der Arbeit vor der Freizeit oder nach Bedeutung der Arbeit für die Person gefragt wird – man findet die gleichen Ergebnisse: Das berufliche Leistungsmotiv ist im Westen schwächer ausgeprägt als im Osten, so dass die Strukturhypothese widerlegt wird; und das stärkere Leistungsmotiv der Ostdeutschen geht nicht zurück, sondern bleibt konstant.

Die stärkere Betonung von Beruf und Arbeit in Ostdeutschland lässt sich mit der unterschiedlichen Entwicklung des Werts Leistung in den beiden früheren Teilstaaten erklären.

In der alten Bundesrepublik verlor das Leistungsmotiv an Bedeutung, ohne dass deshalb weniger „geleistet“ wurde. Anders als in der DDR wurde das Leistungsmotiv hier auf den Prüfstand gestellt. In der DDR herrschte weniger Leistungsdruck,⁵ so dass man das stärkere berufliche Leistungsmotiv auch als Reaktion auf seine schwächere Herausforderung interpretieren kann. In der alten Bundesrepublik wurde nicht nur Arbeit, sondern Leistung gefordert, mit der Folge einer Distanzierung vom Leistungsmotiv und einer verstärkten Identifikation mit der Freizeit.

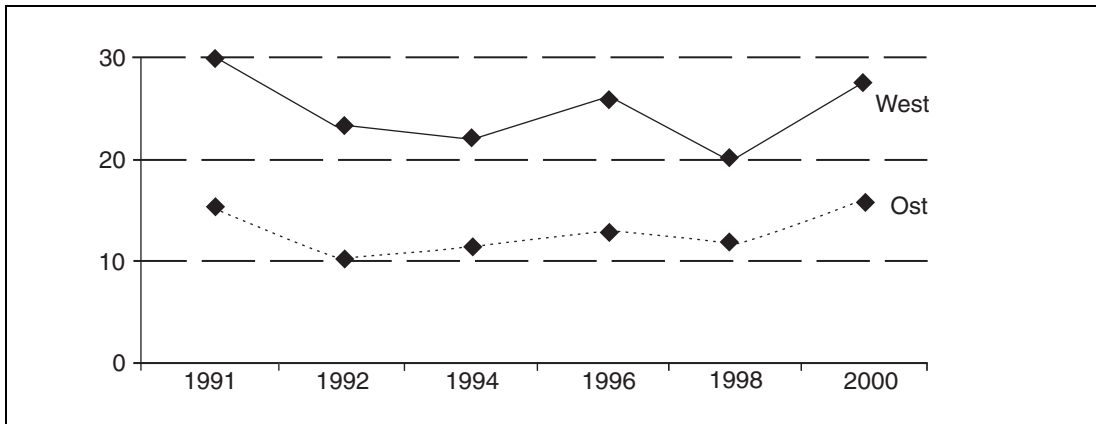
Mit der unterschiedlichen Wertentwicklung der beiden Teilstaaten hat sich auch ein unterschiedliches Verständnis von Leistung herausgebildet. In der alten Bundesrepublik ist ein Verständnis, dem zufolge Leistung vor Genuss geht, zugunsten eines Verständnisses, demzufolge sich Leistung und Genuss im Gleichgewicht befinden sollen, verdrängt worden.⁶ Die Ostdeutschen hingegen haben nicht nur ein unbedingtes Leistungsverständnis beibehalten, sie haben auch eine Rechtfertigung dafür: Leistung wird für die Ziele der Gemeinschaft – des Kollektivs – gefordert. Die moralisch gratifizierte Mehrarbeit für die Erfüllung und Übererfüllung des Plans ist „Leistung“ im spezifischen Sinn der DDR.⁷ Das traditionale Leistungsverständnis der DDR resultiert aus dem Diktat der Politik der DDR, die Leistung moralisch einklagte, weil sie auf Grund ihrer sozialistischen Prämissen auf materielle Anreize verzichten musste.

5 Vgl. Richard Rottenburg, Der Sozialismus braucht den ganzen Menschen, in: Zeitschrift für Soziologie, 20 (1991), S. 305–322.

6 Vgl. Heiner Meulemann, Der Wert Leistung in Deutschland 1956 bis 1996, in: Wolfgang Glatzer/Ilona Ostner (Hrsg.), Deutschland im Wandel, Opladen 1999, S. 115–130.

7 Vgl. Jürgen Straßburger, Das Wirtschaftssystem, in: Günter Erbe u. a. (Hrsg.), Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR, Opladen 1979.

Abbildung 3: Postmaterialismus in West- und Ostdeutschland 1991–2000: Prozent „reine“ Postmaterialisten



Quelle: ALLBUS-Daten.

Dass die Strukturhypothese scheitert und das Leistungsmotiv in Ostdeutschland stärker ist als in Westdeutschland, ist also der Nachklang eines Diktats der Politik der DDR.

Chancen der Mitwirkung hier, sozialer Druck zur „aktiven Teilnahme“ dort – hatten keine Nachwirkung auf das politische Interesse der vereinten Bevölkerung.

IV. Mitbestimmung

Mitbestimmung ist ein Wert, der vor allem dort von Bedeutung ist, wo von unterschiedlichen sozialen Positionen aus um Macht gerungen wird: in der Politik. Unterschiedliche soziale Positionen gibt es jedoch nicht nur in der Politik, sondern auch hinsichtlich der Erziehung. Mitbestimmung wird im Folgenden zuerst als Teilhabe in der Politik, dann als Ziel in der Erziehung betrachtet.

1. Teilhabe an der Politik

Für die Teilhabe an der Politik ist das politische Interesse ein Indikator. Hier zeigen sich vom August 1990 bis März 1997 in vielen Erhebungen keine Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen.⁸ Das politische Interesse liegt in den beiden Landesteilen mit einem Schlage auf dem Niveau der alten BRD und verbleibt dort bis heute. Die Strukturhypothese wird nicht bestätigt; statt der vermuteten Entwicklungen zeigt sich Konstanz. Die Unterschiede der politischen Verfassung der beiden Teilstaaten – politische Beteiligung als Angebot hier, als Pflicht dort, verfassungsmäßige

Das politische Interesse ist eine Vorbedingung für die Teilhabe an der Politik als Interessenvermittlung. In den westlichen Demokratien werden seit den siebziger Jahren jedoch weiter reichende Ansprüche an die Politik formuliert: Sie soll nicht nur Leistungsansprüche für divergierende Interessen, sondern auch Wertansprüche für die Gesamtheit erfüllen. Teilhabe an der Politik richtet sich dann weniger auf die Befriedigung von Interessen als auf die Erfüllung von Wertansprüchen.

Die Entwicklung von Wertansprüchen an die Politik lässt sich mit Ronald Ingleharts⁹ Frage nach materialistischen und postmaterialistischen Zielen verfolgen. Die Entwicklung zwischen 1991 und 2000 ist in *Abbildung 3* dargestellt. Im Westen geht der Anteil der Postmaterialisten von 30 Prozent im Jahre 1991 auf 20 Prozent im Jahre 1998 zurück, um 2000 wieder auf 28 Prozent anzusteigen; im Osten geht der Anteil der Postmaterialisten von 16 Prozent im Jahre 1991 auf 10 bis 12 Prozent in den Jahren 1992 bis 1998 zurück, um 2000 wieder auf 16 Prozent anzusteigen. Die Differenz geht zwischen 1991 und 1998 von 14 auf 8 Prozentpunkte zurück, steigt aber 2000 wieder auf 12 Prozentpunkte an. Der Strukturhypothese entsprechend findet der Wert der politischen Teilhabe also im Westen mehr Unterstützung als im Osten; die beiden Landesteile bleiben zudem im wesentlichen auf konstanter Distanz.

⁸ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–1997*, Band 10, München–Allensbach 1997, S. 784, sowie frühere Jahrgänge des Jahrbuchs und unveröffentlichte Auszählungen des Instituts für Demoskopie.

⁹ Vgl. Ronald Inglehart, *Modernization and Postmodernization*, Princeton 1997.

Die Strukturhypothese, wonach die Westdeutschen dem Wert der politischen Teilhabe stärker verpflichtet sind als die Ostdeutschen, wird also widerlegt, wenn Teilhabe auf die Interessenvermittlung, und bestätigt, wenn Teilhabe auf die Verwirklichung von Wertansprüchen zielt. Wie lässt sich die Differenz erklären?

Dass es nach der Vereinigung beim politischen Interesse keine Unterschiede zwischen beiden Landesteilen gab, erklärt sich u. a. daraus, dass die Medien Westdeutschlands das „Geschäft“ der Interessenvermittlung auch in der DDR „sichtbar“ gemacht haben, und hat damit *exogene* Gründe. Politik im Sinne einer Realisierung von Wertansprüchen ist hingegen ein Anspruch, der sich früh im Leben entwickeln und unabhängig von der beobachteten politischen Realität aufrechterhalten werden muss. Wertansprüche entstehen nicht auf Grund von *exogenen* Einflüssen, sondern haben *endogene*, d.h. im Inneren liegende Gründe. Die günstigeren Bedingungen für postmaterialistische Prägungen haben sich auch in der alten Bundesrepublik erst gegen Ende der sechziger Jahre eingestellt; in der DDR gab es diese nicht. In der alten Bundesrepublik hat sich daher der Postmaterialismus erst nach 1980 stärker durchgesetzt; in Ostdeutschland aber liegt er heute auf dem gleichen Niveau wie in der alten Bundesrepublik vor 1980. Man sollte also vermuten, dass der Postmaterialismus in Ostdeutschland erst mit einer besser gestellten Generation, also nicht allzu bald größere Bedeutung erlangen wird.

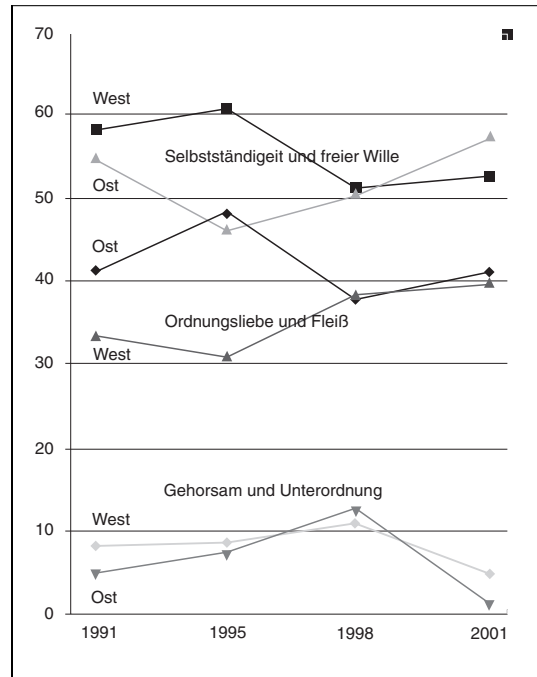
2. Erziehungsziele

In der Erziehung zeigt sich der Wert der Mitbestimmung an Erziehungszielen, die Autonomie über Konvention stellen. Das EMNID-Institut hat zwischen 1991 und 2001 Befragte gebeten, zwischen den Erziehungszielen „Gehorsam und Unterordnung“, „Ordnungsliebe und Fleiß“ und „Selbstständigkeit und freier Wille“ zu wählen – wobei die beiden ersten Vorgaben „Konvention“ und die letzte „Autonomie“ anzeigen. Die Entwicklung der Antworten in den beiden Landesteilen ist in *Abbildung 4* dargestellt.¹⁰

1991 betonen die Westdeutschen „Selbstständigkeit und freien Wille“ (aber auch „Gehorsam und Unterordnung“) stärker, die Ostdeutschen hingegen „Ordnungsliebe und Fleiß“. Aber die Unterschiede betragen nicht mehr als vier bzw. sieben Prozentpunkte. Die Strukturhypothese wird also nicht bestätigt. 1995 verstärken sich zwar die

¹⁰ Sie werden regelmäßig in der Instituts-Zeitschrift „Umfrage & Analyse“ veröffentlicht, zuletzt in: (2001) 5/6.

Abbildung 4: Erziehungsziele für die Familie in den alten und neuen Bundesländern



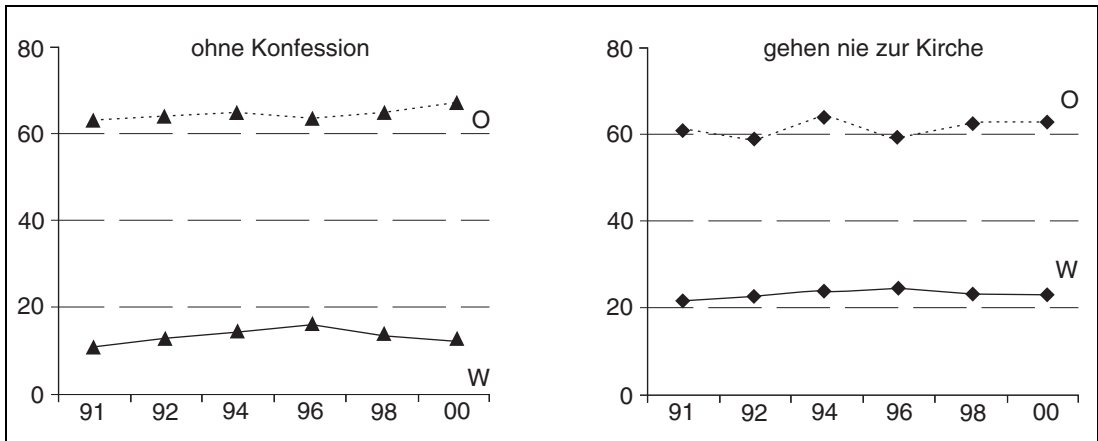
Quelle: Daten des EMNID-Instituts.

Unterschiede in der erwarteten Richtung, schmelzen aber 1998 und 2001 vollständig zusammen.

Für schulische Zielwerte zeigt sich zwischen 1991 und 2001 die gleiche Entwicklung. 1991 werden im Westen drei Autonomieziele – Selbstständigkeit, Toleranz und Kritikfähigkeit – um insgesamt sechs Prozentpunkte häufiger und drei Konventionsziele – Disziplin, Ordnung und Gehorsam – entsprechend seltener als im Osten genannt. Die Strukturhypothese wird wiederum nicht bestätigt. 1995 werden die Autonomieziele im Westen um insgesamt 30 Prozentpunkte häufiger, 1998 aber um einen Prozentpunkt und 2001 sogar um 6 Prozentpunkte seltener genannt als im Osten. Auch für die Schule gilt also: 1991 bevorzugt der Westen Autonomie-, der Osten Konventionswerte um eine geringe Marge, 1995 wächst diese Differenz an, 1998 und 2001 schrumpft sie zusammen. Wie lässt sich dieses Muster erklären?

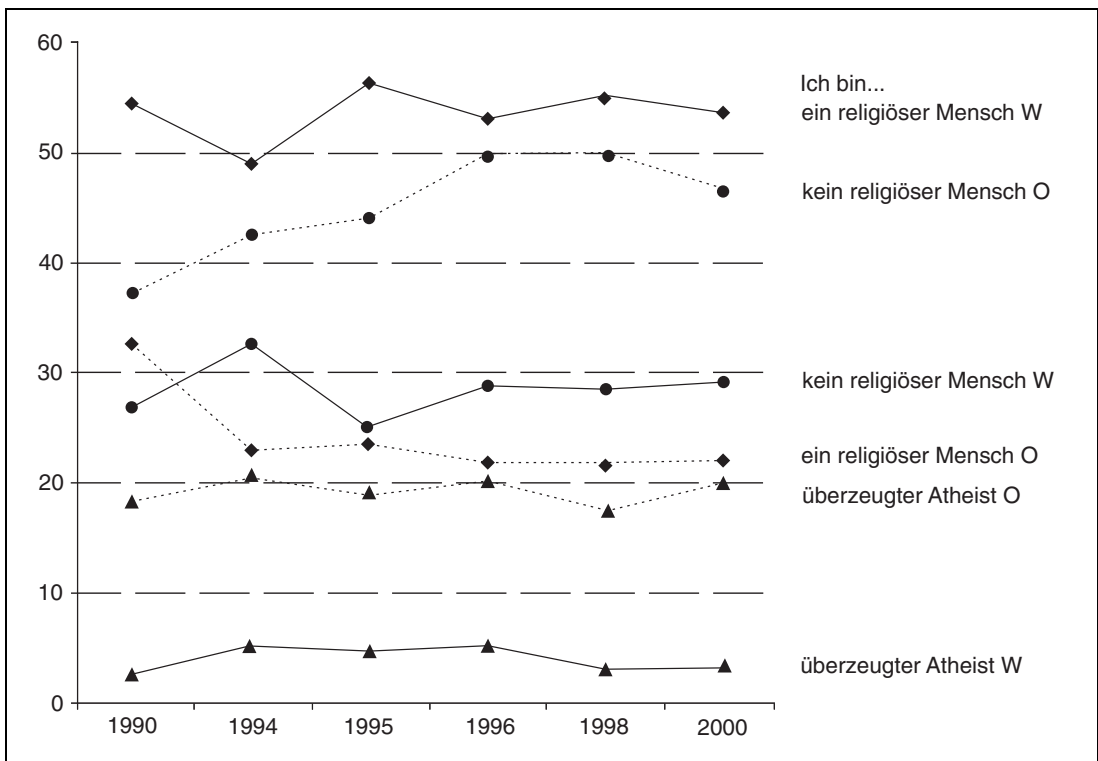
Der geringe Vorsprung Westdeutschlands 1991 kann sich daraus ergeben haben, dass sich in der DDR die Familie gegen den Staat einen privaten Freiraum ertrotzt hat, so dass sich Erziehungsziele wie in der alten Bundesrepublik von Konvention zu Autonomie verschieben konnten. Die geringen Unterschiede 1991 sind also indirekte Folge des Diktats einer Politik, die alle Lebensbereiche beherrschen wollte und dadurch das Privat-

Abbildung 5: Konfessionslosigkeit und Kirchgangshäufigkeit in West- und Ostdeutschland 1991–2000 (in Prozent)



Quelle: ALLBUS-Daten.

Abbildung 6: Religiöse Selbsteinstufung in Westdeutschland 1980–2000 und in Ostdeutschland 1990–2000, (in Prozent)



Quelle: Daten des Instituts für Demoskopie Allensbach.

leben in der Familie in den Rang einer Gegenmacht erhob.

Mit der Wiedervereinigung tritt aber der Staat ab, der die Familie zwang, sich ein Stück Autonomie

zu ertrotzen, und eine stabile Umwelt für ein relativ autonomes Privatleben geschaffen hat. Stattdessen wandelt sich die soziale Umwelt rapide, mit der die Familie verkehren muss. Das einheitliche wird durch ein differenziertes Bildungswesen ersetzt, die

duale Berufsausbildung re-etabliert und die Universitäten werden umgebaut. Zudem steigt die Arbeitslosigkeit und die Berufschancen werden unsicher. In einer unsicheren Umwelt aber greift man auf Erziehungsziele der Konvention zurück – wie die Umkehrung der Reihenfolge zwischen „Selbständigkeit und freier Wille“ und „Ordnungs- liebe und Fleiß“ 1995 in Ostdeutschland zeigt.

Aber bis zum Ende des Jahrzehnts sind die Reformen des Erziehungswesens abgeschlossen, und die Berufschancen der Schulabgänger haben sich zumindest etwas verbessert. Die Turbulenzen der Transformation sind – zumindest was das Erziehungswesen betrifft – überwunden; Erziehungsziele der Autonomie müssen nicht mehr defensiv zurückgenommen werden. Die Ostdeutschen nähern sich daher 1998 den Westdeutschen nicht nur wieder soweit an wie 1991, sondern gleichen sich vollständig an.

3. Akzeptanz

Akzeptanz bedeutet die selbstverständliche Hin- nahme von Institutionen. Institutionen zu rechtfertigen war und ist eine der Leistungen der Religion, so dass Akzeptanz vor allem mit Indikatoren der Religiosität untersucht wird. Religiosität ist institutionell geprägt durch kirchliche Praxis, für die zwei Indikatoren betrachtet werden sollen: die Kirchenzugehörigkeit und die Kirchengangshäufigkeit. Sie wurden im ALLBUS erhoben und sind in *Abbildung 5* dargestellt.

In Westdeutschland gehören 1991 11 Prozent und 2000 13 Prozent keiner Religionsgemeinschaft an, in Ostdeutschland 1991 65 Prozent und 2000 71 Prozent. Die Konfessionslosigkeit steigt im Westen geringfügig und im Osten etwas stärker an, sodass die beiden Landesteile sich voneinander entfernen. 1991 gehen im Westen 21 Prozent und im Osten 60 Prozent, 2000 24 Prozent bzw. 63 Prozent „nie“ zur Kirche, sodass die Prozentsatzdifferenz zwischen den beiden Landesteilen konstant bleibt. Nach Konfessionsmitgliedschaft wie Kirchengangshäufigkeit ist Religiosität also im Westen stärker ausgeprägt als im Osten.

Religiosität ist aber nicht nur institutionell durch die Kirchenzugehörigkeit und den Kirchengang bestimmt; sie kann sich auch als diffuses Selbstverständnis ausdrücken. Das religiöse Selbstverständnis wurde mit folgender Frage erhoben: „Einmal abgesehen davon, ob Sie in die Kirche gehen, würden Sie sagen, Sie sind: ein religiöser Mensch, kein religiöser Mensch oder ein überzeugter Atheist?“¹¹

11 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 8), S. 257 so wie frühere Jahrgänge des Jahrbuchs und unveröffentlichte Auszählungen des Instituts für Demoskopie.

Die Entwicklung dieser drei Vorgaben in West- und Ostdeutschland zwischen 1990 und 2000 sind in *Abbildung 6* dargestellt (fehlende Prozentwerte zu 100 ergeben sich aus Unentschiedenen). Im Westen verstehen sich mehr Menschen als religiös, im Osten mehr als nicht religiös oder als überzeugte Atheisten. Zwischen 1990 und 2000 bleiben die Anteile aller Vorgaben zur religiösen Selbsteinstufung im Westen ungefähr gleich; im Osten geht der Anteil der religiösen Menschen zugunsten der nicht religiösen zurück, der Anteil der überzeugten Atheisten bleibt konstant. Die Differenz des Prozentsatzes religiöser Menschen zwischen beiden Landesteilen schmilzt nicht zusammen, sondern wächst von 22 auf rund 30 Punkte.

Ob als institutionell geprägte oder diffuse Religiosität verstanden, Akzeptanz ist im Westen eindeutig stärker ausgeprägt als im Osten. Die Strukturhypothese scheidet folglich auf der ganzen Linie. Die geringere Akzeptanz im Osten muss durch das Diktat der Politik erklärt werden. Die im Kampf gegen die Kirchen in den fünfziger Jahren erzwungene Säkularisierung der DDR hat die Religiosität zurückgedrängt. Aber nach der Wiedervereinigung nähern sich die beiden Landesteile nach ihrer Religiosität nicht wieder an, sondern bleiben in konstanter Distanz.

V. Synopse

Die Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland 1990 und ihre Entwicklung nach 1990 – im vereinten Deutschland – sind in *Tabelle 2* synoptisch dargestellt. Trifft nach der Vereinigung die eingangs formulierte Strukturhypothese zu, oder hat das Diktat der Politik der DDR die Unterschiede bewirkt? Auf diese Frage geben die ersten beiden Spalten der *Tabelle 2* Antwort, in der die nach der Strukturhypothese erwarteten und beobachteten Unterschiede gleich nach der Vereinigung gegenübergestellt sind.

Die Erwartungen der Strukturhypothese werden für keinen der Werte durchweg bestätigt. Das Diktat der Politik hingegen hat einheitliche Unterschiede zwischen beiden deutschen Landesteilen bewirkt. Das gilt erstens für die Religiosität, die durch die im Kirchenkampf erzwungene Säkularisierung der DDR zurückgedrängt wurde, und zweitens für das Leistungsmotiv: Die DDR, die Leistung nur begrenzt mit individuellen Anreizen herausfordern konnte und sie als Verpflichtung zu Mehrarbeit für das Kollektiv moralisch einklagen musste, hat den Ostdeutschen die unbedingte Arbeitsethik vermittelt, von der sich die Westdeutschen in den sechziger Jahren distanziert haben:

Tabelle 2: Synopse der Differenzen 1990 und der Entwicklungen nach 1990

Wert: Indikator	Differenz		Zeit	Entwicklung der Differenz
	H	E		
Gleichheit				
Ergebnisgleichheit vs. Leistungsprinzip	O	=	91–00	Distanzierung
Ergebnisgleichheit vs. Selbstentfaltung	O	O	90–00	Konstanz
Leistung				
Arbeit vs. Freizeit	W	O	90–98	Konstanz
Arbeit für Wohlbefinden	W	O	90–98	Konstanz
Mitbestimmung				
Politisches Interesse	W	=	90–97	Konstanz
Wertansprüche an die Politik	W	W	90–00	Konstanz
Erziehung Autonomie, Familie	W	=	91–01	Konstanz
Erziehung Autonomie, Schule	W	=	91–01	Konstanz
Religiosität				
Kirchenmitgliedschaft	O	W	91–00	Distanzierung
Kirchgangshäufigkeit	O	W	91–00	Konstanz
Religiöse Selbsteinstufung	O	W	90–00	Distanzierung

H: Hypothese (bei Alternativen auf erste Nennung bezogen), E: Ergebnis, O: Ost stärker, W: West stärker, =: Ost gleich West.

Die Ostdeutschen haben gleich nach der Vereinigung alle Leistungsindikatoren stärker unterstützt als die Westdeutschen.

Welche der drei vermuteten Entwicklungen – Annäherung, Konstanz oder Distanzierung – zeigen sich in der ersten Dekade nach der Vereinigung? Auf diese Frage geben die dritte und vierte Spalte der *Tabelle 2* Antwort, in der die Zeitspanne und die Entwicklungsrichtung der Differenzen wiedergegeben sind. Die einfachste Entwicklung, das Verblässen der *Sozialisation* in der DDR und die Annäherung der Landesteile, findet sich überhaupt nicht. Alle Zeitreihen weisen vielmehr Konstanz auf oder sogar Distanzierung, signalisieren damit ein Fortwirken der DDR-*Sozialisation* oder ihre Verstärkung durch die *Situation* der Transformation. Insgesamt nähern sich also die Werte der beiden Landesteile nicht

an, sondern bleiben überwiegend auf konstanter oder sogar wachsender Distanz.

Nur ein Wert wird in beiden Landesteilen von der Wiedervereinigung bis heute überwiegend in gleichem Ausmaß unterstützt: die Mitbestimmung. Aber auch hier ist die Teilhabe an der Politik nur in der rezeptiven Form des politischen Interesses in beiden Landesteilen gleich stark, während die weiter reichende Form von Wertansprüchen an die Politik in Westdeutschland stärker ist. Von der Wiedervereinigung bis heute findet demgegenüber das Leistungsmotiv in Westen weniger und die Religiosität mehr Anhänger; und die Ergebnisgleichheit gewinnt im Osten erst nach der Wiedervereinigung die stärkere Unterstützung, die man schon gleich zur Wiedervereinigung erwartet hätte. Alles in allem ist eine „innere Einigung“ der Werthaltungen auch ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung noch nicht in Sicht.

Individualisierungsprozesse in den neuen Bundesländern

Zur Freisetzung aus den Arbeitskollektiven

I. Problemstellung

Die soziologische Gegenwartsanalyse hat für die alten Bundesländer einen Individualisierungstrend diagnostiziert. Nach Auffassung prominenter VertreterInnen dieser Forschungsrichtung wie Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim vollzieht sich seit Mitte der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts ein Prozess, in dem die Menschen aus traditionellen Sozialbeziehungen freigesetzt und zunehmend auf sich selbst und ihr individuelles Arbeitsmarktschicksal verwiesen werden.¹ Vor dem Hintergrund eines vergleichsweise hohen materiellen Lebensstandards, umfassender sozialer Sicherheiten und Wahlmöglichkeiten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wird dies von Ulrich Beck als ein historischer Kontinuitätsbruch gewertet.

Unmittelbar nach der Wende wurde die Individualisierungsthese auf die neuen Bundesländer übertragen; die Veränderungen im Zuge des gesellschaftlichen Transformationsprozesses wurden als Individualisierungsschub interpretiert.² Umfassende empirische Untersuchungen, inwieweit die auf westliche Industriegesellschaften, vor allem aber die alte Bundesrepublik zugeschnittene Individualisierungsthese³ auf die neuen Bundesländer übertragbar ist, stehen jedoch noch aus. Ob die transformationsbedingten Veränderungen im Erwerbs-, Wohn-, Freizeit- sowie im Bereich der

privaten Lebensformen in den neuen Bundesländern dem entsprechen, was Ulrich Beck als Individualisierung bezeichnet, wird nun im Rahmen des Forschungsprojektes „Die Wende als Individualisierungsschub“ untersucht.⁴ Dabei wird von der übergreifenden Annahme ausgegangen, dass sich der Transformationsprozess zwar als Individualisierung beschreiben lässt, dass er aber in den neuen Bundesländern auf Grund der im Vergleich zur alten Bundesrepublik ganz anderen Ausgangslage und Sozialisation der Menschen in der DDR Besonderheiten aufweist.⁵ Die nach „unten nivellierte Sozialstruktur“ (Manfred Lötsch), die sozial stärker gemischte Bewohnerstruktur, die nahezu vollständige Erwerbsintegration ostdeutscher Frauen, die umfassendere Entlastung der Familie von privaten Reproduktionsarbeiten sowie die stärkere kollektive (Ein-)Bezogenheit haben die Menschen geprägt und dazu geführt, dass in früheren Zeiten erworbene Orientierungen auch unter grundlegend veränderten Bedingungen nicht einfach über Bord geworfen, sondern als Ressourcen der Bewältigung neu entstandener Situationen eingesetzt werden.⁶

Insofern wird von einer lang anhaltenden Unterschiedlichkeit ost- und westdeutscher Orientierungen ausgegangen und davon, dass die Menschen in den neuen Bundesländern anders als die in den alten auf die weitgehend angeglichenen institutionellen Rahmenbedingungen reagieren und sich die Inhalte der Freisetzungen in den neuen Bundesländern deutlich von denen in den alten unterscheiden.

In diesem Beitrag wird nach einer kurzen Erläuterung des methodischen Vorgehens ein Teilergebnis dieser zur Zeit noch andauernden Studie

1 Vgl. Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M. 1986; Elisabeth Beck-Gernsheim, *Vom „Dasein für andere“ zum Anspruch auf ein Stück „eigenes Leben“*. Individualisierungsprozesse im weiblichen Lebenszusammenhang, in: *Soziale Welt*, 34 (1983) 3, S. 303–340. Bei den traditionellen Sozialbeziehungen, aus denen die Menschen herausfallen, handelt es sich z. B. um Klassenbedingungen, Versorgungsbezüge der Familie, Geschlechterrollen und kleinräumliche Sozialmilieus.

2 Vgl. Ulrich Beck, *Bindungsverlust und Zukunftsangst. Leben in der Risikogesellschaft*, in: Hans-Hermann Hartwich (Hrsg.), *Bindungsverlust und Zukunftsangst. Leben in der Risikogesellschaft. Eine Disputation*, Opladen 1994.

3 Die Individualisierungsthese ist bisher auch für die alte BRD nur unzureichend auf ihre Gültigkeit geprüft und heftig umstritten. Vgl. z. B. die Beiträge in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), *Die Individualisierungs-These*, Opladen 1998.

4 Das Projekt wird von Ulfert Herlyn geleitet und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziell gefördert. Vgl. auch Peter A. Berger, *Individualisierung. Statusunsicherheit und Erfahrungsvielfalt*, Opladen 1996.

5 Kritisch vgl. Jürgen Dorbritz, *Sozialer Systemwandel und die Folgen für die Familienbildung*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, (1993) 3, S. 355–368.

6 Vgl. Burkart Lutz, *Schwächen und Verkürzungen der frühen Transformationsforschung*, in: ders./Hildegard M. Nickel/Rudi Schmidt/Arndt Sorge (Hrsg.), *Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe*, Opladen 1996.

vorgestellt. Da die DDR eine stark auf das Kollektiv bezogene Gesellschaft war, stellt sich unter individualisierungstheoretischer Perspektive insbesondere die Frage, in welchem Umfang das mit den Arbeitskollektiven verbundene Gemeinschaftsideal nach der Wende noch wirksam ist. Nach der Beschreibung der Funktion der Arbeitskollektive wird untersucht, inwiefern nach der Wende eine Freisetzung aus den ehemaligen solidarischen Arbeitsbeziehungen stattgefunden hat (bzw. immer noch stattfindet), ob soziale Beziehungen außerhalb der Erwerbssphäre fortgesetzt werden und ob die Menschen in der Freisetzung aus den Arbeitskollektiven eine Chance für eine autonomere Lebensgestaltung sehen. Im Fazit werden die Befunde unter individualisierungstheoretischer Perspektive resümiert.

II. Methodisches Vorgehen

Zur Beantwortung der Forschungsfrage werden verschiedene methodische Zugänge genutzt: Neben der Aufarbeitung der zum Thema veröffentlichten Studien werden zu unterschiedlichen Zeiten erhobene Materialien aus früheren an der Universität Hannover durchgeführten Untersuchungen zum sozialen Transformationsprozess einer Re-Analyse unterzogen. Die vorliegenden Befunde basieren auf einer 1991 und 1993 durchgeführten qualitativen und quantitativen Wiederholungsbefragung in einer mittelgroßen thüringischen Stadt (Gotha) zu den lokalen Folgen des Transformationsprozesses⁷ sowie auf quantitativen Daten einer repräsentativen Studie in Magdeburg zur sozialräumlichen Sortierung, in der auch einige an den zentralen Aussagen der Individualisierungsthese orientierte Statements erhoben wurden.⁸ Zentral für die folgende Auswertung sind 32 von der Autorin im Juli 1996 und April 1997 in Magdeburg durchgeführte qualitative Interviews zum Grad der subjektiven Individualisierung, die zur Zeit mit denselben Personen und auf der Basis des gleichen Leitfadens wiederholt werden.⁹

7 Vgl. Ulfert Herlyn/Lothar Bertels (Hrsg.), *Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland*, Opladen 1994.

8 Vgl. Annette Harth/Ulfert Herlyn/Gitta Scheller, *Segregation in ostdeutschen Städten. Eine empirische Studie*, Opladen 1998. Die Untersuchung basiert auf einer repräsentativen, im November 1995 durchgeführten Umfrage bei der erwachsenen Bevölkerung der Stadt Magdeburg und einigen Umlandbewohnern (N= 861).

9 Im Juni 2002 konnten bereits 23 Gespräche geführt werden, weitere sind geplant. Damit die Zitate den verschiedenen Studien zugeordnet werden können, werden Er-

III. Zur Ausgangslage: Arbeitskollektive in der DDR

Für die Lebensverhältnisse in der DDR war es charakteristisch, in eine „sozialistische Brigade“ bzw. ein „sozialistisches Arbeitskollektiv“ eingebunden zu sein. Arbeitskollektive wurden von den MitarbeiterInnen gebildet, die in einer Produktionseinheit oder Abteilung zusammenarbeiteten und sich gemeinsam um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ bemühten.¹⁰ Als zentraler Bestandteil der sozialistischen Lebensweise¹¹ sollten die Arbeitskollektive wesentliche normative Orientierungen vermitteln,¹² wobei die Orientierung am Solidaritätsideal¹³ zentral war. Danach sollten die Angehörigen eines Kollektivs fernab von Konkurrenz und Statusunterschieden kameradschaftlich zusammenarbeiten und zur Erfüllung der Produktionsziele beitragen.¹⁴ Das Solidaritätsideal implizierte außerdem eine soziale Verantwortung der Arbeitskollektive für ProblembürgerInnen, wie z.B. Alkoholabhängige oder ehemalige Strafgefangene. Weiter wurde erwartet, dass sich die in einem Kollektiv Tätigen in ihren privaten Sorgen besser verstehen lernen und einen Teil ihrer Freizeit miteinander verbringen.¹⁵

Auch faktisch war der Erwerbzbereich in der DDR bei weitem nicht so stark wie in der alten Bundesrepublik auf Konkurrenz und Leistungsdruck ausgerichtet.¹⁶ Mitmenschlichkeit, vertrauensvolle Zusammenarbeit und ein hohes Verantwortungsgefühl der Gruppenmitglieder untereinander waren Werte, denen auch real eine hohe Bedeutung zukam.¹⁷ Das Arbeitskollektiv war

hebungsort und Zeitpunkt der Befragung im Anschluss ergänzt, z. B. G. (für Gotha) 1991 oder M. (für Magdeburg) 1997.

10 Vgl. Jörg Roesler, *Jugendbrigaden im Fabrikalltag der DDR 1948–1989*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/99, S. 21–31.

11 Vgl. Alice Kahl/Steffen H. Wilsdorf/Herbert Wolf, *Kollektivbeziehungen und Lebensweise*, Berlin 1984.

12 Vgl. Silvia Krömmelbein, *Krise der Arbeit – Krise der Identität? Institutionelle Umbrüche der Erwerbsarbeit und subjektive Erfahrungsprozesse in den neuen Bundesländern*, Berlin 1996.

13 Vgl. A. Kahl/S. H. Wilsdorf/H. Wolf (Anm. 11), S. 33.

14 Vgl. Katharina Belwe, *Arbeitskultur und Arbeitskollektiv. Wohlfühlen im Kollektiv und Produktivitätssteigerung im Widerspruch*, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Politische Kultur in der DDR*, Stuttgart–Berlin–Köln 1989.

15 Vgl. J. Roesler (Anm. 10), S. 22.

16 Vgl. Werner Schmidt/Klaus Schönberger, „Jeder hat jetzt mit sich selbst zu tun“. *Arbeit, Freizeit und politische Orientierungen in Ostdeutschland*, Konstanz 1999.

17 Vgl. Cordia Schlegelmilch, *Zwischen Kollektiv und Individualisierung – Gemeinschaftserfahrungen im Umbruch*, in: Sabine Gensior (Hrsg.), *Vergesellschaftung und Frauen-erwerbsarbeit. Ost-West-Vergleiche*, Berlin 1995.

zugleich ein Ort, wo der Einzelne bestimmte persönliche Schwierigkeiten, z. B. Probleme mit KollegInnen und Vorgesetzten, aber auch familiäre und eheliche Probleme, ansprechen konnte.¹⁸ Der Mensch – so die Ansicht vieler Befragter – sei „als ganze Person wirklich noch was wert gewesen“. Man sei nicht so gleichgültig gewesen wie heute, sondern habe sich um den anderen gekümmert. „Man hat mehr in und mit dem Betrieb gelebt. Und man hat wirklich mehr von sich und seinem Privatleben erzählt. Also die wussten voneinander eben alles“ (Journalistin, 41 Jahre, G./1991).

Die Arbeitskollektive hatten außerdem weitreichende Auswirkungen auf das Privatleben. Es bestand ein „gewisser Zwang oder eine Vorgabe, sich ab und zu miteinander zu beschäftigen“, so ein fünfzigjähriger Angestellter (M./1997).¹⁹ Die Freizeitfunktion der Arbeitskollektive blieb in der DDR aber nicht nur auf im betreffenden Betrieb beschäftigte Werk tätige beschränkt. Häufig wurden die anderenorts tätigen EhepartnerInnen in die vom Betrieb organisierten und subventionierten Brigadenachmittage, -feierlichkeiten und -ausflüge einbezogen.

All das verdeutlicht, dass über die Institution der Arbeitskollektive im Erwerbsbereich Funktionen wahrgenommen wurden, die in westlichen Gesellschaften relativ exklusiv dem privaten Lebensbereich vorbehalten sind. Durch die enge Einbindung des Einzelnen in das Arbeitskollektiv wurde die Familie jedoch nicht nur emotional entlastet,²⁰ sondern gleichzeitig in ihrer Solidaritäts- und Freizeitfunktion eingeschränkt.²¹ Zugleich vollzog sich über die Arbeitskollektive ein Teil der gesellschaftlichen Kontrolle des Privatlebens der Menschen.²²

IV. Entsolidarisierung der Erwerbssphäre

Ende 1989 und im ersten Halbjahr 1990 fielen die sozialistischen Brigaden oder Arbeitskollektive in sich zusammen.²³ Die Menschen mussten sich mit

der Einführung der Marktwirtschaft auf erheblich veränderte berufliche Rahmenbedingungen einstellen. Bis heute zählt die erlebte Entsolidarisierung des Arbeitsalltags zu den einschneidendsten Veränderungen. Immerhin 76 Prozent der befragten Erwerbspersonen²⁴ in Magdeburg stimmen dem folgenden Statement zu: „Vor der Wende war Solidarität noch ein verbindlicher Wert. Heute muss man seine Ellenbogen gebrauchen, wenn es sein muss auch mal gegen andere.“ 16 Prozent stimmen zum Teil zu. Nur 8 Prozent der Befragten lehnen das Statement ab. Nach Überzeugung der Mehrzahl der Befragten ist mit dem Kollektiv zugleich die Kollegialität weggefallen. Die Beziehungen am Arbeitsplatz seien früher „menschlicher“ und „wärmer“, „der soziale Zusammenhalt größer“ gewesen, heißt es; heute verfolge jeder nur noch seine eigenen Interessen. Private Sorgen würden kaum mehr mit den KollegInnen besprochen.

Überdurchschnittlich wird ein Solidaritätsverlust von den über 45-Jährigen²⁵ wahrgenommen, also von denjenigen, die nach der Wende überproportional vom Beschäftigungsabbau betroffen waren und die volle Härte der nun am Markt orientierten Erwerbssphäre sowie des damit verbundenen Konkurrenzkampfes zu spüren bekamen.²⁶ So berichten etliche ältere Befragte, dass sie von ihren jüngeren KollegInnen regelrecht zum Austritt aus dem Erwerbsbereich gedrängt worden seien.

Obwohl ostdeutsche Frauen vom Arbeitsplatzabbau stärker betroffen sind als Männer,²⁷ zeichnen sich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede im Umfang der wahrgenommenen Entsolidarisierung ab. Dafür gibt es Unterschiede hinsichtlich der vertikalen Merkmale sozialer Ungleichheit: Je niedriger das Bildungsniveau, die berufliche Position und das Einkommen, desto höher fällt der Anteil derjenigen aus, die eine Entsolidarisierung wahrnehmen.

Am stärksten differieren die Bewertungen nach den ökonomischen Ressourcen (vgl. *Abbildung 1*). So erleben nur 52 Prozent der Magdeburger Erwerbspersonen mit dem höchsten monatlichen Pro-Kopf-Einkommen (3 000 DM und mehr), aber 88 Prozent der Befragten mit dem niedrigsten (bis unter 1 000 DM) eine Entsolidarisierung. Arbeits-

18 Vgl. C. Schlegelmilch (Anm. 17), S. 398.

19 Vgl. hierzu auch J. Roesler (Anm. 10), S. 22 und S. 28.

20 Vgl. Sibylle Meyer/Eva Schulze, Die Auswirkungen der Wende auf Frauen und Familie in den neuen Bundesländern, in: S. Gensior (Anm. 17).

21 Vgl. J. Dorbritz (Anm. 5), S. 358.

22 Vgl. A. Kalh/S. H. Wilsdorf/H. Wolf (Anm. 11), S. 59.

23 Vgl. Jörg Roesler, Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994.

24 Die folgenden Auswertungen beziehen sich nur auf Erwerbspersonen, d. h. Befragte, die entweder eine Erwerbstätigkeit ausüben oder eine Erwerbstätigkeit suchen und somit über aktuelle arbeitsmarktbezogene Erfahrungen verfügen.

25 Der Alterseffekt bleibt bestehen, wenn der Einfluss von Bildung, Berufsposition und ökonomischen Ressourcen kontrolliert wird.

26 Vgl. Burkart Lutz/Holle Grünert, Der Zerfall der Beschäftigungsstrukturen der DDR 1989 – 1993, in: B. Lutz/H. M. Nickel/R. Schmidt/A. Sorge (Anm. 6).

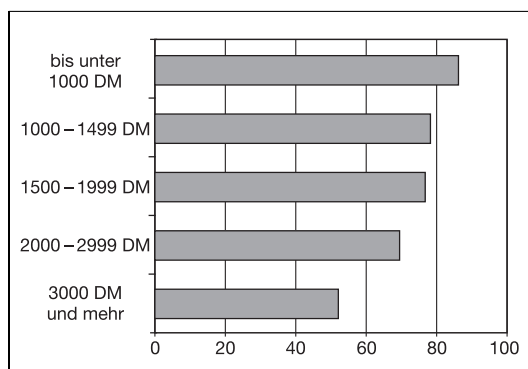
27 Vgl. ebd., S. 80.

lose und Befragte in prekären Beschäftigungssituationen nehmen den Entsolidarisierungsschub krasser wahr als Erwerbstätige. Diejenigen, die den Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt sowie dem damit verbundenen Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze besonders ausgesetzt sind, erleben demnach auch die Entsolidarisierung extremer, während (Fach-)HochschulabsolventInnen, die „eine deutlich über dem Durchschnitt liegende Beschäftigungsquote“²⁸ aufweisen, den Entsolidarisierungsschub nicht so krass empfinden.

Wenngleich Tendenzen zur Individualisierung vom Gros der Befragten beschrieben werden, geht doch die Auflösung der Arbeitskollektive nicht automatisch mit einem Zerfall traditioneller normativer Orientierungen einher (vgl. Kapitel VI.). Gerade vor dem Hintergrund der neuen Risikolagen und sozialstrukturellen Differenzierungen im Erwerbsbereich wird von vielen auch heute noch am Gemeinschaftsideal der Arbeitskollektive festgehalten,²⁹ insbesondere von Angehörigen mit niedrigerem Sozialstatus. Die inzwischen erfolgte Entsolidarisierung darf also nicht so gedeutet werden, als hätten die Menschen sie zielbewusst angestrebt. Sie haben sich aber ganz im Sinne der Individualisierungsthese „durch selbstgestaltete Inanspruchnahme von objektiv gegebenen Möglichkeiten/Optionen für eine deutliche Abweichung von gewohnten Pfaden der Lebensführung“³⁰ entschieden. Davon geht auch Jörg Roesler aus, wenn er behauptet, dass es „unter den Belegschaften ein stilles Einverständnis gegeben zu haben (scheint, d.V.), dass der Verzicht auf die Brigade zu dem Preis gehörte, der für den erwarteten Eintritt in die bundesdeutsche Wohlstandsgesellschaft zu zahlen war“³¹.

Das Gemeinschaftsideal hat also nach wie vor eine hohe normative Verbindlichkeit, nur scheint es immer schwieriger zu sein, solidarische Beziehungen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu verwirklichen. Dies belegen auch die Gründe, welche die Befragten für die Entsolidarisierung des Arbeitsklimas verantwortlich machen. Zentral sind dabei der zunehmende Rationalisierungsdruck in den Betrieben, die Betriebsschließungen, die Zunahme der Arbeitslosigkeit sowie die stärkere Orientierung des Arbeitsablaufs an Wirt-

Abbildung 1: Wahrgenommener Solidaritätsverlust nach mtl. Pro-Kopf-Einkommen* in Prozent (Nur Zustimmungen, Magdeburg Nov. 1995)**



Statement: „Vor der Wende war Solidarität noch ein verbindlicher Wert. Heute muss man seine Ellenbogen gebrauchen, wenn es sein muss, auch mal gegen andere.“

* Für die Bestimmung des Pro-Kopf-Einkommens wurden die Mittelwerte der Haushaltseinkommensklassen zu Grunde gelegt und durch die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen (Kinder gewichtet mit dem Faktor 0,7) dividiert.

** Ohne: Rentner, Befragte im Vorruhestand, Hausfrauen/-männer, Schüler, StudentInnen

Quelle: Eigene Erhebung.

schaftlichkeitskriterien. Mit zunehmender Durchsetzung des Arbeitsmarktes begreifen die Menschen ihre Erwerbsbiographie als selbstgemacht und sich selbst als Zentrum ihrer eigenen Lebensführung. Dabei lassen sich auf das Kollektiv bezogene Orientierungen nur noch schwer verwirklichen, während stärker selbstbezogene Verhaltensstrategien bedeutsamer werden. Die im Erwerbsbereich erfolgte Entsolidarisierung erweist sich nach den hier vorliegenden Befunden überwiegend als nicht intendierte Folge sozialen Handelns: Man schätzt zwar das kollegiale Miteinander früherer Zeiten, konkurriert aber mit KollegInnen, wenn es der wirtschaftliche Überlebenskampf erfordert: *“Diesen Neid gab es früher nicht, weil keiner Angst haben brauchte, arbeitslos zu werden. Heute wird gesiebt, und wenn ich merke, es wird entlassen, dann versuche ich auch, mich zu behaupten“* (48-jähriger Vorarbeiter, M./1997).

Die Folge ist, dass die Erfüllung von Ansprüchen nach Geborgenheit, Verlässlichkeit und Solidarität im Arbeitsbereich immer weniger gegeben ist. Die stärker solidarischen Aufgaben werden mehr und mehr in den privaten Lebensbereich verlagert. War es früher für Ehepartner selbstverständlich, am Arbeitsplatz einen Teil der beruflichen und privaten Probleme zu besprechen, so sind sie nach der Wende verstärkt aufeinander angewiesen. Während also der Erwerbsbereich immer zweckra-

28 Vgl. B. Lutz//H. Grünert (Anm. 26), S. 81 und S. 86; Gunnar Winkler, Sozialreport. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Sonderheft 1+2/2000, Berlin 2000.

29 Vgl. W. Schmidt/K. Schönberger (Anm. 16), S. 59.

30 Ingrid Herlyn/Ulrike Vogel/Angelika Kistner/Heike Langer/Birgit Mangels-Voegt/Anja Wolde, Begrenzte Freiheit – Familienfrauen nach ihrer aktiven Mutterschaft. Eine Untersuchung von Individualisierungschancen in biographischer Perspektive, Bielefeld 1993.

31 J. Roesler (Anm. 23), S. 163.

tionaler wird, wird das Privatleben stärker nach außen abgeschottet und erfährt eine Solidarisierung bzw. „Intensivierung nach innen“ (René König): „Mund halten, arbeiten, bloß keinen Fehler machen. Mit niemandem kannst du quatschen und am Wochenende schüttete dann dein Herz aus. Also mich trifft das besonders hart“ (Wochenendpendler, 48 Jahre, G./1991) – heißt es nach der Wende. Oder: *„Dann ist das nur der Familienkreis, wo eben der gezwungene Zusammenhalt besteht, und alles andere ist unsolidarisch“* (Umschülerin, 27 Jahre, G./1991).

Als Fazit ist festzuhalten, dass aus Sicht der Mehrzahl der Befragten mit der Einführung der Arbeitsmarktgesellschaft im Erwerbsbereich solidarische Beziehungen schwächer werden. Die Arbeitsbeziehungen, die sich in der DDR durch stärkere Rücksichtnahme, Kooperation und Kommunikation zwischen den KollegInnen auszeichneten, haben sich zwar zu Gunsten von Konkurrenz und Ellenbogenmentalität verändert, aber auf der Ebene normativer Orientierungen wird dennoch am sozialistischen Gemeinschaftsideal festgehalten. Solidarität hat also nach wie vor eine hohe Bedeutung, lässt sich aber unter marktwirtschaftlichen Bedingungen immer weniger verwirklichen. Im Ganzen sind die von den Befragten genannten Gründe für die Entsolidarisierung der Erwerbssphäre ein deutlicher Beleg für die von Ulrich Beck unterstellte Marktabhängigkeit der Lebensführung³² und damit für Individualisierung. Sie zeigen, wie umfassend marktwirtschaftliche Vorgaben soziale Beziehungen im Erwerbsbereich prägen und dort eine Freisetzung aus traditionellen Gemeinschaftsbezügen fast zwingend nahe legen, während affektiv-solidarische Funktionen offenbar stärker in den Familienbereich verlagert werden.

V. Entkoppelung von Erwerbs- und Freizeitsphäre

Eine weitere zentrale Veränderung im Zuge des Individualisierungsprozesses betrifft die Entkoppelung von Erwerbs- und Freizeitfunktionen. Dieser Trend, der schon zu Beginn der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts einsetzte,³³ erfuhr nach der Wende nochmals eine Beschleunigung. Deutlich wird von den InterviewpartnerInnen die Lockerung der Verzahnung von Erwerbs- und Freizeitbereich wahrgenommen. Es besteht der Eindruck, dass sich die Menschen mehr in die Privatsphäre zurückziehen und sich jeder mehr mit

sich selbst beschäftigt.³⁴ *„Dass man mal außer der Reihe mit seinen Arbeitskollegen zusammenkommt, so etwas kommt heute viel seltener vor“*, so ein Vorarbeiter (M./1997). Bis auf die jährliche vom Chef initiierte Weihnachtsfeier oder den *„jährlichen Behördenausflug“* (Angestellter, M./1997) sei von der Brigadetradition kaum mehr etwas übrig geblieben. Als besonders krass wird empfunden, dass die (Ehe-)Partner nicht mehr in den Arbeitsbereich des jeweils anderen Partners eingebunden werden.

Die Abschwächung der Freizeitkontakte unter KollegInnen ist Teil eines allgemeinen Trends der Verringerung geselliger Kontakte, die unmittelbar nach der Wende besonders drastisch ausfiel,³⁵ sich aber im Zuge der allgemeinen Konsolidierung der Lebensverhältnisse wieder auf ein gewisses Niveau einpendelte.³⁶ Das vor der Wende herrschende Niveau wurde aber nicht wieder erreicht.

Der Rückgang der Kontakte zu KollegInnen wird von den Befragten – wie die Entsolidarisierung – maßgeblich auf die Einführung marktwirtschaftlicher Bedingungen zurückgeführt. Weil eine Leistungsverdichtung stattfand, hätte sich der Erholungsbedarf zu Lasten einer aktiven Freizeitgestaltung erhöht. *„Die, die Arbeit haben“* – so ein Bauleiter (M./1997) – *„haben Stress und wollen abends weiter nichts als ihre Ruhe.“* Zu einem ähnlichen Befund kommen Peter Franz und Ulfert Herlyn in der Gotha-Studie: *„Der alltägliche Kampf ums Dasein zwingt viele dazu, die Kräfte auf die berufliche Existenzsicherung zu konzentrieren (... und lässt, d. V.) für weniger zweckorientierte Beziehungen kaum noch Zeit.“*³⁷ Daneben erweist sich die von vielen Menschen empfundene Zeitknappheit als Folge gestiegener Individualisierungsanforderungen.³⁸ Weil man nach der Wende viel mehr entscheiden muss, treten Kontakte zu KollegInnen in den Hintergrund.³⁹ Eine zentrale Rolle bei der Verringerung der Freizeitkontakte im KollegInnenkreis schreiben die Befragten weiterhin der Entsolidarisierung der Erwerbssphäre zu. Wegen der Verschlechterung des Arbeitsklimas sei das Interesse an privaten Treffen mit KollegInnen nicht mehr so ausgeprägt.⁴⁰ Auch die Arbeitslosigkeit wirke sich negativ auf Freizeitkontakte zu KollegInnen aus: Diejenigen, die aus dem Arbeitsbereich ausge-

34 Vgl. W. Schmidt/K. Schönberger (Anm. 16), S. 69 und S. 209.

35 Vgl. Peter Franz/Ulfert Herlyn, Zur Dynamik von Familie und Sozialbeziehungen, in: U. Herlyn/L. Bertels (Anm. 7), S. 232 ff.

36 Vgl. W. Schmidt/K. Schönberger (Anm. 16).

37 P. Franz/U. Herlyn (Anm. 35), S. 257.

38 Vgl. W. Schmidt/K. Schönberger (Anm. 16), S. 211.

39 Vgl. ebd., S. 213.

40 Vgl. P. Franz/U. Herlyn (Anm. 35), S. 256 ff.

32 Vgl. U. Beck (Anm. 1), S. 212.

33 Vgl. C. Schlegelmilch (Anm. 17), S. 30 und S. 41.

grenzt wurden, würden sich zum Teil aus Schamgefühl, aber auch, weil sie sich die Freizeitvergönungen nicht mehr leisten könnten, zurückziehen. Außerdem wird auf die Verteuerung des zu DDR-Zeiten großzügig subventionierten Freizeit- und Kulturangebots sowie auf die Tatsache verwiesen, dass es nach der Wende für Geselligkeiten mit KollegInnen keine betriebliche Freistellung von der Arbeit mehr gäbe.

Im Unterschied zur Entsolidarisierung wird die Verringerung der Freizeitkontakte mit KollegInnen aber nicht so stark als Verlust erlebt,⁴¹ zum einen, weil „die Freizeitgestaltung nach der Wende viel individueller ist, weil ganz andere Möglichkeiten da sind, seine Freizeit zu gestalten“ (23-jährige leit. Ang., G./1991), zum anderen weil sich nach der Wende andere Anknüpfungspunkte für soziale Kontakte, z. B. über den Freizeitbereich, ergeben haben.

Auch wenn die traditionellen Formen der Beziehungsvorgabe durch die Arbeitskollektive nicht mehr bestehen, so bedeutet die Wende nicht automatisch einen Verlust an Gemeinschaft oder gar eine Vereinzelnung. Die Auflösung der Kollektive wird partiell über neue, selbst gewählte Freizeitkontakte aufgefangen. Der zentrale Wandel besteht darin, dass Gemeinschaftsbildung nicht mehr quasi verordnet ist, sondern zu einer individuell zu erbringenden Leistung wurde. „Die Freizeit müssen wir uns jetzt selbst besorgen“, so bringt es ein 48-jähriger Arbeiter (G./1993) auf den Punkt. Im Ganzen besteht auf Grund der zu verschiedenen Zeiten durchgeführten Interviews der Eindruck, dass sich die Menschen heute wieder mehr auf die Freizeittradition der Arbeitskollektive besinnen und sich verstärkt dafür einsetzen, „dass man sich wieder regelmäßig und zu bestimmten Gelegenheiten mit Kollegen trifft“ (leit. Angestellter, M./2002). Im Unterschied zur Beziehungsvorgabe⁴² der Arbeitskollektive entscheidet man sich nach der Wende aber selbst, mit welchen KollegInnen man sich in seiner Freizeit treffen möchte.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Erwerbsbereich seine Freizeitfunktion weitgehend eingebüßt hat und verordnete Beziehungen zu KollegInnen zu Gunsten selbst gewählter FreizeitpartnerInnen an Bedeutung verloren haben. Maßgeblich dafür war neben der Entpolitisierung der Erwerbssphäre, d. h., dass Freizeitkontakte nicht mehr angeordnet werden, die Durchsetzung der Marktgesellschaft mit allen ihren Chancen und Risiken. Zum einen verändern sich unter markt-

wirtschaftlichen Bedingungen die Rahmenbedingungen für Arbeitskontakte. Der Anstieg berufsbezogener Mobilität, insbesondere aber die Zunahme von Arbeitsbelastungen und Konkurrenz sind zentrale Ursachen für das veränderte Freizeitverhalten unter KollegInnen. Zum anderen wird unter marktwirtschaftlichen Bedingungen die Finanzierung betrieblicher Freizeitaktivitäten unrentabel. Insgesamt ist also auch die Erfüllung von Freizeitfunktionen im Erwerbsbereich immer weniger gewährleistet.

VI. Die Freisetzung aus dem Kollektiv als Befreiung?

Um abschließend zu prüfen, ob sich die Menschen ohne die Einbindung in das Arbeitskollektiv freier fühlen und mehr Gestaltungsspielräume wahrnehmen, wurde den Magdeburger Befragten das folgende Statement vorgelegt mit der Bitte, zu sagen, ob sie dem voll und ganz, eher, teils, teils, eher weniger oder überhaupt nicht zustimmen: „Auch wenn mir der soziale Zusammenhang im Arbeitskollektiv manchmal fehlt, so fühle ich mich doch ohne die Einbindung ins Kollektiv freier.“ Angesichts der mit dem Arbeitskollektiv verbundenen, weit in den privaten Lebensbereich hineinreichenden Kontrollfunktionen erstaunt es, dass das Arbeitskollektiv nach der Wende vom Gros der befragten Erwerbspersonen nicht als einengende und die persönliche Selbstverwirklichung behindernde Institution empfunden wird (vgl. *Abbildung 2*).⁴³

So sieht nur jeder Fünfte in der Auflösung der Arbeitskollektive eine Chance für mehr Autonomie sowie eine Befreiung von Gruppenzwängen. Bei jedem Vierten ist das zum Teil der Fall. Immerhin 46 Prozent erleben die Freisetzung aus dem Arbeitskollektiv nicht als Befreiung.⁴⁴ Dies bestätigt erneut, dass den ehemals verordneten Gemeinschaftswerten auch unter Arbeitsmarktbedingungen eine hohe normative Verbindlichkeit zukommt.⁴⁵ Das gilt für alle sozialen Gruppe in nahezu gleicher Weise, denn die Unterschiede der empfundenen Befreiung nach sozialen Merkmalen sind schwach ausgeprägt und nicht signifikant. Lediglich Befragte mit hohen beruflichen Positionen fühlen sich durch die Abschaffung der

43 Dabei ist zu bedenken, dass die überwiegend positive Bewertung der Arbeitskollektive auch auf Verklärungen der Vergangenheit beruhen kann. Vgl. C. Schlegelmilch (Anm. 17), S. 29.

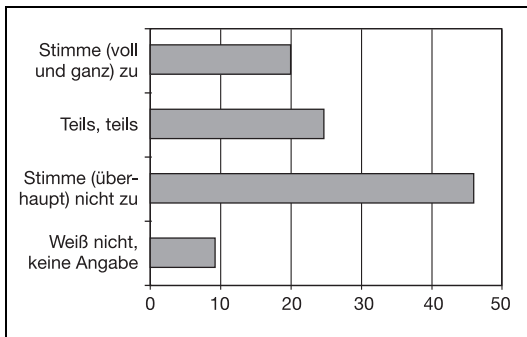
44 Neun Prozent sind unentschieden.

45 Vgl. J. Roesler (Anm. 23), S. 163.

41 Vgl. W. Schmidt/K. Schönberger (Anm. 16), S. 87 f.

42 Vgl. Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft*. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/M. 1992.

Abbildung 2: Freisetzung aus dem Kollektiv als Befreiung?, in Prozent (Magdeburg Nov. 1995)*



Statement: „Auch wenn mir der soziale Zusammenhang im Arbeitskollektiv manchmal fehlt, so fühle ich mich doch ohne die Einbindung ins Kollektiv freier.“

* Ohne RentnerInnen, Befragte im Vorruhestand, Hausfrauen/-männer, SchülerInnen, StudentInnen.

Quelle: Eigene Erhebung

Arbeitskollektive etwas häufiger befreit. Einfache Arbeiter, Vorarbeiter und Meister lehnen das Statement häufiger als der Durchschnitt ab.

VII. Zusammenfassung

Insgesamt ist die skizzierte Abschwächung solidarischer Arbeitsbeziehungen sowie die Auflösung verordneter Freizeitkontakte im Kollegenkreis ein deutlicher Beleg für den von Ulrich Beck beschriebenen Freisetzungsprozess aus traditionellen Sozialbeziehungen. Dieser Prozess ist spezifisch ostdeutsch und hat in den alten Bundesländern kein Pendant. Dabei bestätigt sich auch für die neuen Bundesländer Becks These,⁴⁶ dass von allen institutionellen Regelungen dem Arbeitsmarkt die größte Prägekraft für das individuelle Handeln zukommt und sich der Arbeitsmarkt als Motor der Freisetzung aus traditionellen Sozialbeziehungen erweist. Dennoch ist Kritik am theoretischen Gehalt der Individualisierungsthese angebracht:

Im Unterschied zu Beck, der einen linearen und universellen Individualisierungstrend unterstellt, zeigen die vorliegenden Befunde, dass Individualisierung ein *partielles Phänomen* ist.

Erstens weist der Prozess der Freisetzung aus kollektiven Fixierungen sozialgruppenspezifische

⁴⁶ Vgl. U. Beck (Anm. 1), S. 488 f.

Unterschiede auf. So wird die Entsolidarisierung überdurchschnittlich häufig von Angehörigen mit niedrigem Sozialstatus empfunden, die auch real viel stärker als Angehörige höherer Sozialstatuslagen von Arbeitslosigkeit und Konkurrenzkampf betroffen waren.

Zweitens ist in Bezug auf die Freisetzung aus den Arbeitskollektiven zu konstatieren, dass Individualisierung nicht alle Lebensbereiche in gleicher Weise erfasst. Für die neuen Bundesländer konnte gezeigt werden, dass mit der Auslagerung von solidarischen und Freizeitfunktionen aus dem Erwerbsbereich sowie der damit verbundenen Spezialisierung des Erwerbsbereichs auf berufliches Handeln die Bedeutung der Familie als Solidaritäts- und Freizeitverbund wächst und im Bereich der privaten Lebensformen eine Traditionalisierung der Gemeinschaftsbezüge bewirkt wird. Individualisierung und Traditionalisierung stehen somit in einem Verhältnis des „Sowohl-als-auch“.⁴⁷

Drittens konnte nachgewiesen werden, dass die Freisetzung aus den traditionellen Sozialbeziehungen nicht automatisch mit einer Abschwächung der entsprechenden normativen Orientierungen einhergehen muss und der Individualisierungsprozess auf der Ebene realen Verhaltens weiter fortgeschritten sein kann als auf der Einstellungsebene. So sind die solidarischen Prinzipien der Brigaden für viele Menschen noch heute als moralische Verpflichtung verbindlich, auch wenn sie selbst den Druck verspüren, sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen unsolidarisch zu verhalten und damit einen Prozess forcieren, den sie selbst nicht wünschen.

Auf Grund dieser Einschränkungen muss also die Allgemeingültigkeit der von Ulrich Beck unterstellten „Zusammenbruchsindividualisierung“⁴⁸ in den neuen Bundesländern in Frage gestellt werden. Mit dem Individualisierungsprozess ist lediglich ein Teilausschnitt des Transformationsprozesses beschrieben, der durch weiterhin bestehende traditionelle Orientierungen sowie gleichzeitig ablaufende Re-Traditionalisierungen Grenzen unterliegt.

Internetverweis der Autorin:

www.Raum.uni-hannover.de/ifps

⁴⁷ Vgl. für die alte Bundesrepublik: Ulfert Herlyn/Gitta Scheller/Wulf Tessin, Neue Lebensstile in der Arbeiterschaft, Opladen 1994.

⁴⁸ U. Beck (Anm. 2), S. 28.

Rüdiger Pohl

Ostdeutschland im 12. Jahr nach der Vereinigung

Eine Bilanz der wirtschaftlichen Transformation

Als sich die beiden deutschen Staaten im Jahre 1990 vereinten, gab es euphorische Einschätzungen über die wirtschaftlichen Perspektiven. Befreit von sozialistischen Fesseln und mit marktwirtschaftlichem Schwung schien ein „zweites deutsches Wirtschaftswunder“ möglich, diesmal auf ostdeutschem Boden. Die Euphorie ist rasch verfliegen. Zwölf Jahre nach der Vereinigung beider deutscher Staaten am 3. Oktober 1990 ist Ostdeutschland immer noch mit gravierenden Problemen konfrontiert. Die Arbeitslosigkeit ist hoch. Menschen wandern ab. Die wirtschaftliche Leistung je Einwohner erreicht nicht einmal zwei Drittel des westdeutschen Niveaus. Die neuen Länder sind auf Finanztransfers angewiesen.

Der Aufholprozess ist langwieriger und mühseliger, als man es sich ursprünglich vorstellte. Dennoch gelangen die Wirtschaftsforschungsinstitute zu der „Erkenntnis, dass die Lage in Ostdeutschland keineswegs so hoffnungslos ist, wie es in der Öffentlichkeit vielfach dargestellt wird“.¹ Die Probleme sind zwar alles andere als gering. Aber es gibt auch beträchtliche Erfolge. Der Aufbau Ost wird vorankommen, wenn Tatendrang und nicht Resignation das Handeln der Menschen prägt.

Der vorliegende Beitrag ist auf die neuen Länder als Ganzes gerichtet. Eine Analyse der regionalen Unterschiede ist hier leider nicht möglich.²

I. Herausforderungen

Die Ausgangslage der ostdeutschen Entwicklung war durch die prekäre wirtschaftliche Situation der

1 Die im Sommer 2002 aktuellste Darstellung der ostdeutschen Wirtschaft enthält der „Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland“, den fünf Institute (DIW Berlin, IfW Kiel, IAB Nürnberg, IWH Halle, ZEW Mannheim) im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) im Juni 2002 vorgelegt haben (als Download über www.iwh-halle.de verfügbar; Zitat aus dem Vorwort). Zuvor ist die ostdeutsche Wirtschaft in neunzehn „Anpassungsberichten“ analysiert worden, die DIW, IfW und IWH von 1990 bis 1999 erstellt haben. Vgl. Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland – Neunzehnter Bericht, IWH Forschungsreihe, 5/1999.

2 Der Fortschrittsbericht (vgl. Anm. 1) enthält dazu ein Kapitel „Räumliches Muster des Aufholprozesses“.

DDR gekennzeichnet.³ Viele Konsumgüter, die es im Westen in Überfülle gab, waren in der Mangelwirtschaft der DDR nicht oder nur in schlechter Qualität verfügbar. Die volkseigenen Betriebe (VEB) und Kombinate arbeiteten unwirtschaftlich. Materialengpässe und starre Planvorgaben waren eine schwere Last. Die VEB mussten vor der Konkurrenz kostengünstiger und qualitativ überlegener Produkte aus dem Ausland abgeschottet werden. Im Außenhandel wandte die DDR immer höhere Kosten auf, um eine Deviseneinheit zu verdienen. Die Auslandsverschuldung brachte das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit.

Der DDR schaffte es nicht, die Infrastruktur in Ordnung zu halten. Verkehrs- und Kommunikationssysteme waren marode. Wohnungen und Industriegebäude verfielen, weil es an den Mitteln zur Reparatur fehlte. Die Umwelt – Luft, Wasser, Boden – wurde durch die Produktion schwer belastet. Für nachhaltigen Umweltschutz fehlten der DDR die Mittel.

Die Mieten sowie die Preise für ausgewählte Konsumgüter, viele Nahrungsmittel, die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel usw. waren niedrig. Sie wurden durch hohe Subventionen und nicht durch niedrige (Produktions-)Kosten auf diesem Niveau gehalten. Auf die Dauer war das finanziell nicht durchzuhalten.

Es gab Vollbeschäftigung. Aber die hohe Erwerbstätigkeit war nicht der Ausdruck wirtschaftlicher Stärke, sondern des Gegenteils. Die DDR musste alle Arbeitskraftreserven mobilisieren, um ihre unwirtschaftlich arbeitenden Betriebe überhaupt am Laufen zu halten. Es wurde viel Arbeit verbraucht, weil die Arbeit nicht wirtschaftlich eingesetzt wurde – kein Grund für DDR-Nostalgie!

Die kritische Lage der DDR ist nicht den Menschen anzulasten, die in ihr arbeiteten. Sie war die Folge einer fehlleitenden Wirtschaftsordnung. Die DDR war eine sozialistische Planwirtschaft, in der

3 Vgl. Klaus Werner, Die Lage der DDR-Wirtschaft am Vorabend der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, in: Rüdiger Pohl (Hrsg.), Herausforderung Ostdeutschland. Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Essen 1995.

das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft worden war. Freies Unternehmertum wurde unterbunden. Statt des Preismechanismus koordinierte staatliche Lenkung die Wirtschaft, dies immer schlechter und schließlich bis zum Zusammenbruch.

Die Herausforderung nach dem Scheitern der DDR war enorm. Es galt, die abgeschottete sozialistische Wirtschaft in eine offene, international konkurrenzfähige Marktwirtschaft zu transformieren. Das war leichter gesagt als getan. Das Rückgrat der Marktwirtschaft, das Unternehmertum, war in der DDR weggedrängt worden. Den in der sozialistischen Gesellschaftsordnung sozialisierten Arbeitskräften fehlten Erfahrungen für eigenverantwortliche unternehmerische Betätigung. Die Regeln und Institutionen der Marktwirtschaft mussten einer Bevölkerung vermittelt werden, die mit der Planwirtschaft einen gänzlich anderen Erfahrungshintergrund hatte.

Die größte Bedrohung für die Transformation war der Verdrängungseffekt. Nach dem Fall der Mauer konnte Ostdeutschland sofort von Produzenten aus aller Welt beliefert werden. Es bestand die akute Gefahr, dass die ostdeutschen Betriebe von überlegenen auswärtigen Konkurrenten vom Markt verdrängt werden würden. Das war denn auch die strategische Herausforderung für die Wirtschaftspolitik: Produktion in den neuen Ländern gegen den internationalen Verdrängungsprozess zu halten und zu entwickeln. Das geschah mit Erfolg.

II. Erfolge

Misst man die heutige wirtschaftliche Situation Ostdeutschlands an der desolaten Ausgangslage, ist der Transformation Erfolg zu bescheinigen. Die Menschen sind nicht mehr einer Mangelwirtschaft ausgeliefert. Die Unternehmen werden nicht mehr durch planwirtschaftliche Vorgaben und Materialengpässe beeinträchtigt. Die Infrastruktur ist in vielen Bereichen – Fernverkehrswege, Kommunikationssysteme, Krankenhäuser – modernisiert und saniert worden. Der Engpass bei Wohnungen ist beseitigt, deren Qualität auf ein zeitgemäßes Niveau gebracht worden. Die Umweltschäden sind weitgehend behoben. Heute werden internationale Umweltstandards eingehalten.

Bei den Wachstumsfaktoren war es in der vergangenen Dekade noch das leichteste, Investitionen zu mobilisieren, um den veralteten Produktionsapparat auf einen modernen Stand zu bringen. Engpässe beim Faktor Humankapital, die bei den in der DDR sozialisierten Arbeitskräften u. a. in

mangelnden marktwirtschaftlichen Erfahrungen bestanden, sind durch Lernprozesse und Managementtransfers aus Westdeutschland abgebaut worden. Günstig war die Situation beim Faktor technisches Wissen, standen doch leistungsfähige Forscher zur Verfügung, die ihr Entwicklungspotenzial nun nicht mehr durch sozialistische Mangelerscheinungen beeinträchtigt sahen. Überdies wurde Technologietransfer aus dem Westen möglich. Das größte Hemmnis lag auf der Absatzseite. Die nach der Wende gegründeten oder privatisierten Unternehmen mussten in die für sie neuen westlichen Märkte eindringen. Doch unbekannt, wie sie dort anfänglich waren, ohne vorzeigbare Referenzen, zudem kapitalschwach, mit einer zunächst schmalen, gerade erst entwickelten und noch nicht bewährten Produktpalette erwies sich der Marktzugang oft als schwierig. Viele Unternehmen waren hier dennoch erfolgreich.

Das Ostdeutschland von heute hat die DDR von damals weit hinter sich gelassen. Das ist der größte Erfolg. Das größte Problem ist die hohe Arbeitslosigkeit.

III. Arbeitslosigkeit

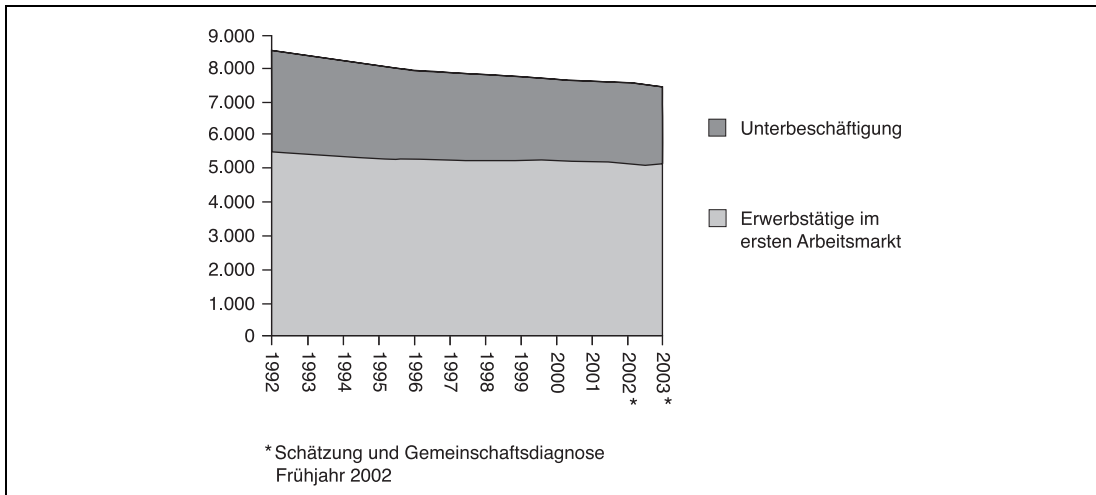
In den neuen Ländern gibt es am ersten Arbeitsmarkt rund 5,6 Millionen Erwerbstätige.⁴ Doch die hohe Unterbeschäftigung von 1,7 Millionen Personen zeigt, dass wesentlich mehr Menschen arbeiten wollen.⁵ Die Unterbeschäftigung wäre noch höher, würden nicht per Saldo gut 300 000 Ostdeutsche als Pendler in Westdeutschland (einschl. Berlin) arbeiten.

Die schwierige Arbeitsmarktlage hält seit Jahren an (*Abbildung 1*). Belastungen bringt der Beschäftigungsrückgang vor allen in der schrumpfenden Bauwirtschaft, aber auch der öffentliche Sektor muss aus finanziellen Gründen den bestehenden Überhang an Bediensteten abbauen. Ein gewisses Gegengewicht stellt der Beschäftigungsaufbau in der dynamischen Industrie dar. Dennoch bleibt der Arbeitsmarkt die Achillesferse der ostdeutschen Transformation, auch in den nächsten Jahren.

4 Der „erste Arbeitsmarkt“ umfasst Beschäftigungsverhältnisse zwischen privaten und öffentlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Nicht dazu zählen Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen staatlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder sonstiger arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.

5 Die Unterbeschäftigung umfasst registrierte Arbeitslosigkeit (1 259 Tsd.) und „versteckte“ Arbeitslosigkeit (438 Tsd.). Letztere erfasst die von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen begünstigten Personen, die während der Teilnahme an Maßnahmen nicht als arbeitslos registriert werden. Daten für 2001.

Abbildung 1: Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung in Ostdeutschland (ohne Berlin); in 1000 Personen



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle; Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute, Frühjahr 2002.

Um den Mangel zu mildern, hat die Bundesregierung frühzeitig arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen. Doch die Hoffnung, Arbeitslosen zum Beispiel durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) den Übergang in reguläre Beschäftigung zu erleichtern, hat sich nicht erfüllt.⁶ Viele Teilnehmer an Maßnahmen geraten danach wieder in Arbeitslosigkeit – weil es insgesamt an Arbeitsplätzen mangelt. Mehr noch: Indem der Staat Arbeitsbeschaffung organisiert, verdrängt er reguläre Beschäftigung. Wo eine Gemeinde per ABM Parks pflegt, verlieren private Gartenbaubetriebe Aufträge. Gegen Massenarbeitslosigkeit hilft Arbeitsmarktpolitik kaum.

Auch „Lohnzurückhaltung“ ist kein Allheilmittel. Nach kräftigen Lohnanhebungen bis Mitte der neunziger Jahre sind die Löhne danach unter dem Eindruck chronischer Arbeitslosigkeit nur noch um jährlich durchschnittlich 1,6 Prozent (1997–2001) gestiegen. Produktivitäts- und Preisanstieg summieren sich in der gleichen Zeit auf gut 3 Prozent. Die Lohnsteigerungen bleiben mithin deutlich hinter dem zurück, was mit der Faustformel einer „produktivitätsorientierten Lohnpolitik“ (Lohnanstieg = Preisanstieg + Produktivitätsanstieg) vereinbar wäre. Bisher bleibt der positive Beschäftigungsimpuls aus. Strukturell bedingter Beschäftigungsabbau (zumindest in der Bauwirtschaft)

kann durch Lohnzurückhaltung nicht verhindert werden – was nicht ein Plädoyer für expansive Lohnpolitik ist: Die würde den Beschäftigungsdruck noch verstärken.

Die Unterbeschäftigung ist in den neuen Ländern mit einer Quote von 22,3 Prozent beträchtlich höher als in den alten (8,9 Prozent, auch dies weit ab von Vollbeschäftigung). In den ersten Jahren nach der Wende kam es zu der höheren Unterbeschäftigung, weil im Osten vergleichsweise mehr Menschen eine Erwerbstätigkeit anstrebten als im Westen. Inzwischen haben sich die West-Ost-Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung nahezu eingeebnet.⁷ Nach erfolgloser Arbeitssuche haben sich vor allem viele Ältere aus dem Erwerbsleben verabschiedet, vom Staat unterstützt, etwa durch Vorruhestandsregelungen.

Der entscheidende Grund für die höhere Arbeitslosigkeit ist heute der (größere) Mangel an verfügbaren Arbeitsplätzen. Kommen auf 1000 Personen im erwerbsfähigen Alter im Westen 717 besetzte Arbeitsplätze, sind es im Osten – korrigiert um Unterschiede in der Arbeitszeit – nur 632 (im Jahr

⁶ Vgl. Hilmar Schneider/Anette Bergmann/Olaf Fuchs/Wolfram Kempe/Jürgen Kolb, Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern – Eine Bilanz der Vergangenheit und Ansätze für zukünftige Reformen, IWH Sonderheft, (2000) 3.

⁷ Die ostdeutsche Erwerbsbeteiligungsquote ist von 86,7 Prozent im Jahr 1992 auf 78,6 Prozent in 2001 gesunken und liegt jetzt nur noch knapp über der westdeutschen (2001: 77,4 Prozent einschl. Berlin). Die Erwerbsbeteiligungsquote setzt das Erwerbspersonenpotenzial (entspricht grob der Summe aus Erwerbstätigen aus Ost- bzw. Westdeutschland am ersten Arbeitsmarkt zuzüglich Unterbeschäftigung) zu den Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren (Erwerbsfähigen) in Beziehung.

Tabelle: Eckdaten der ostdeutschen Wirtschaft im Vergleich

	Neue Länder ^a	Alte Länder ^a	Neue zu Alte Länder (Alte Länder=100)
Bevölkerung, 2001, in Tsd.	13 794	65 156	–
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Einwohner, 2001, in EUR	16 514	27 004	61
Private Konsumausgaben je Einwohner, 1999, in EUR	11 883	14 456	82
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen, 2001, in EUR („Produktivität“)	39 282	56 005	70
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, 2001, in EUR	25 646	33 082	78
Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt je 1000 erwerbsfähige Personen, 2001	581	716 ^b	81
Unterbeschäftigung ^c je 1 000 Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt, 2001	302	96 ^b	315
Unternehmen (IHK-zugehörig) je 10 000 Einwohner, 2001	366	465	79

a) ohne Berlin, b) einschl. Berlin, c) Registrierte Arbeitslose, Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III, Teilnehmer in ABM (einschl. SAM), in beruflicher Weiterbildung, in Deutschlehrgängen, Kurzarbeit und Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten, Bezieher von Vorruhestandsgeld.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Bundesanstalt für Arbeit; DIHT; Berechnungen des IWH.

2001).⁸ Das ist die Arbeitsplatzlücke. Und sie hat viel mit der Unternehmenslücke zu tun.

IV. Unternehmenslücke

Den Kern für eine erfolgreiche Transformation bildet die Entfaltung des Unternehmertums. Hier ist einiges in Gang gekommen. Nachdem zu DDR-Zeiten freies Unternehmertum keine Chance hatte, ist es beachtlich, wie stark es sich nach der Wende etabliert hat. Heute gibt es in den neuen Ländern 522 000 Selbstständige.⁹ Im Bereich der Industrie- und Handelskammern sind 509 353 Unternehmen registriert (Anfang 2001; ohne Berlin); dazu kommen 126 901 Handwerksbetriebe (Ende 1999). Gleichwohl ist die unternehmerische Basis quantitativ unbefriedigend, absolut, aber auch im Vergleich zum Westen:

– Es gibt im Osten weniger Unternehmen. So liegt die Unternehmensanzahl je 10 000 Einwohner in den neuen Ländern mit 366 um ein Fünftel unter dem Wert von 465 in den alten Ländern (IHK-zugehörige Unternehmen, Anfang 2001). Das wird auch durch den leicht höheren Betriebsbestand im

Handwerk nicht kompensiert (91 Betriebe in den neuen zu 84 in den alten Ländern, jeweils je 10 000 Einwohner, 1999).

– Die ostdeutschen Unternehmen sind kleiner. Kommen in Westdeutschland durchschnittlich 142 Beschäftigte auf einen Betrieb, sind es in Ostdeutschland nur 80.¹⁰

Beides zusammen markiert die „Unternehmenslücke“. Ihre Folge ist der ausgeprägtere Mangel an Arbeitsplätzen. Wenn es in Ostdeutschland deutlich weniger und kleinere Unternehmen gibt als in Westdeutschland, ist es nicht überraschend, dass auch deutlich weniger Arbeitsplätze verfügbar sind. Zudem erzielen die ostdeutschen Unternehmen einen geringeren Umsatz je Beschäftigten (im Verarbeitenden Gewerbe betrug der Rückstand im Jahr 2000 rund ein Viertel). Dies und die Unternehmenslücke sind die hauptsächlichen Gründe dafür, dass die Wirtschaftsleistung des Ostens noch weit hinter der des Westens zurückbleibt, nämlich erst 61 Prozent beträgt (gemessen am insgesamt erwirtschafteten Einkommen, dem Bruttoinlandsprodukt, je Einwohner, vgl. *Tabelle*).

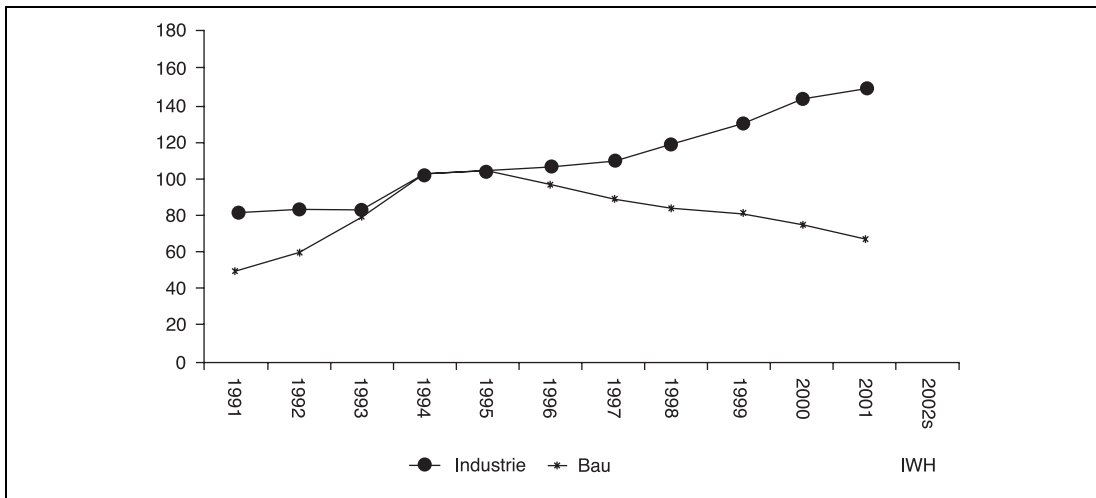
Mehr Beschäftigung und eine steigende Wirtschaftsleistung setzen eine breitere unternehmerische Basis voraus. Es kommt also darauf an, dass mehr Unternehmen entstehen, die vorhandenen wachsen (mehr Personal einstellen) und dass eine höhere Wertschöpfung je Erwerbstätigen erzielt wird.

⁸ In Ostdeutschland gibt es je 1 000 Erwerbsfähige 581 Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt. Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen ist um das 1,088fache höher als im Westen. Die korrigierte Arbeitsplatzzahl ist $581 \times 1,088 = 632$.

⁹ 2001; einschl. mithelfende Familienangehörige, neue Länder ohne Berlin.

¹⁰ Verarbeitendes Gewerbe, Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, 2001.

Abbildung 2: Neue Bundesländer und Berlin-Ost: Index der Nettoproduktion (Index 1995 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Das kann nicht einfach verordnet werden. Die weitere Entfaltung des Unternehmertums hängt wesentlich von den Unternehmern selbst ab, ihren Managementqualitäten, ihrer Innovationsfähigkeit und ihrer Risikobereitschaft. Und sie braucht Zeit. Dass ostdeutsche Unternehmer erfolgreich agieren können, zeigt beispielhaft die dynamische Entwicklung der Industrie.

V. Industrie

Die ostdeutsche Industrie hatte es nach der Wende besonders schwer. Sie musste sich nach der Öffnung der Grenzen gegen internationalen Verdrängungswettbewerb durchsetzen. Zudem war die viel zu breit gefächerte Industrielandschaft der DDR durch eine tief greifende Strukturbereinigung zu überwinden.

Mit der Privatisierung volkseigener Betriebe durch die Treuhandanstalt und durch staatlich massiv geförderte Unternehmensansiedlungen wurde die erfolgreiche Entwicklung der Industrie eingeleitet. Nach dem Transformationsschock 1990/91/92 ging sie auf Wachstumskurs. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Produktion von acht Prozent zwischen 1992 und 2001 (früheres Bundesgebiet seit 1993: 2,4 Prozent) ist beachtlich (Abbildung 2).

Dies gelang, weil die Industrie den Zugang zu den Weltmärkten fand. Die Auftragseingänge aus dem Ausland weisen seit 1994 mit einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 20 Prozent eine starke

Dynamik auf (zum Vergleich Auftragseingang aus dem Inland seit 1992: durchschnittlich knapp 8 Prozent). Dies ist ein wichtiger Beleg dafür, dass die ostdeutsche Industrie weltmarktfähig geworden ist.

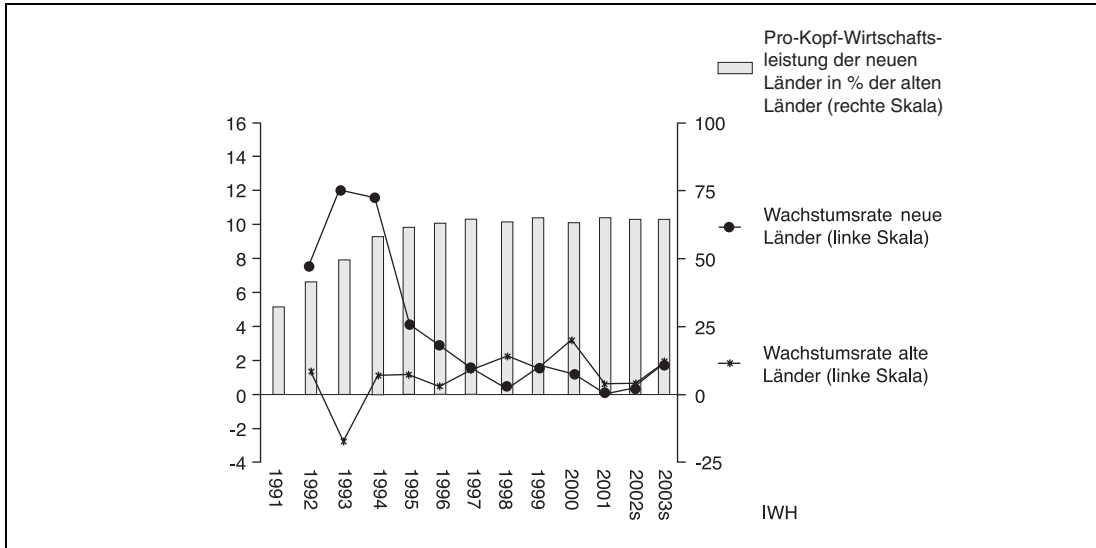
Der industrielle Wachstumsprozess ist mit einem Strukturwandel verbunden. Zu den expansivsten Branchen zählen Büromaschinenbau, Rundfunktechnik, Medizintechnik, also Branchen mit hohem Innovationspotenzial. Hingegen mussten Bereiche wie die Schmuck- und Bekleidungsindustrie oder der Schienenfahrzeugbau eine massive Schrumpfung hinnehmen. Der Strukturwandel reflektiert den überfälligen Prozess, Ostdeutschlands Industrie in die internationale Arbeitsteilung einzuklinken.

In der erfolgreichen Entwicklung der Industrie kommt die marktwirtschaftliche Neuorientierung Ostdeutschlands augenfällig zum Ausdruck. Gleichwohl ist der Industriesektor noch „klein“. Sowohl in der Beschäftigung als auch in den Wertschöpfungsanteilen liegt er hinter westdeutschen Werten zurück. Die industrielle Basis bedarf der Ausweitung. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass die Stagnation des Aufholprozesses überwunden wird.

VI. Aufholprozess

Nach anfänglich fulminanter Dynamik hat das Wachstum der gesamten Wirtschaft in Ostdeutschland stark nachgelassen (Abbildung 3). In der ersten Hälfte der neunziger Jahre (bis 1996) reali-

Abbildung 3: Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995: Wachstumsraten und Ost-West-Vergleich



Quelle: AK VGR der Länder Statistisches Bundesamt Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

sierter die Region eine Wachstumsrate von durchschnittlich 7,7 Prozent (Westdeutschland 0,5 Prozent), seither liegt sie mit durchschnittlich 1,1 Prozent (bis 2001) nur halb so hoch wie die westdeutsche (2 Prozent). Was wie ein krisenhaftes Erlahmen der Wachstumskraft aussieht, ist vor allem Resultat eines notwendigen Strukturwandels, der mit divergenten sektoralen Entwicklungen verbunden ist. Während die Industrie, wie gezeigt, ein hohes Wachstum aufweist, schrumpft die Produktion im Bausektor seit 1996 (Abbildung 2). Der Dienstleistungssektor liegt mit seinem Wachstum dazwischen.

Der Rückgang im Bausektor ist eine unvermeidbare Strukturbereinigung. Nach der Vereinigung erforderten Sanierung und Neuaufbau des von der DDR vernachlässigten Wohnungsbestands, der maroden Industriebauten und der unzureichenden Infrastruktur eine nachholende Bautätigkeit. Der Wachstumsimpuls war enorm. Inzwischen ist der Nachholbedarf an Bauinvestitionen weitgehend abgearbeitet. Die Bauproduktion sinkt auf ein „normales“ Niveau. Solange sich die Schrumpfung fortsetzt (noch zwei, drei Jahre?), bleibt die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate niedrig.

Als Folge stockt der Aufholprozess. Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands war im Vergleich zur westdeutschen von 33 Prozent (1991) auf 61 Prozent im Jahr 1996 gestiegen; auf diesem Wert stagniert sie seither (vgl. Abbildung 3).

Dies führt zur Kernfrage: Gelingt es Ostdeutschland, den Aufholprozess wieder aufzunehmen?

Oder bleibt es bei dem Rückstand an Wirtschaftsleistung (was Ostdeutschland zu einem dauerhaft rückständigen Wirtschaftsgebiet machen würde)? Zur Fortsetzung des Aufholprozesses muss die ostdeutsche Wachstumsrate wieder deutlich über die westdeutsche steigen. Das ist erst nach einem Ende der Schrumpfung im Bausektor zu erwarten. Zugleich müsste die Industrie ihre bisherige, im Vergleich zu Westdeutschland hohe Dynamik beibehalten. Ein solches Szenario erscheint in den nächsten Jahren durchaus möglich.

Aber wohin führt der Aufholprozess? Eine hypothetische Rechnung vermittelt einige Vorstellungen: Angenommen, die Wachstumsrate liegt im Osten mit vier Prozent doppelt so hoch wie im Westen und die Preise steigen mit zwei Prozent, dann wird die ostdeutsche Wirtschaftsleistung pro Kopf in zehn Jahren bei rund 75 Prozent der westdeutschen liegen – mehr als die heutigen 61 Prozent, aber immer noch ein Rückstand!

Das ist keine Prognose, sondern eben nur eine hypothetische Rechnung (die zudem mögliche Änderungen in der Bevölkerungsgröße ausblendet). Sie zeigt gleichwohl, dass die Angleichung der ostdeutschen Wirtschaftskraft an westdeutsches Niveau auch ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung nicht erreicht sein wird.

Ein pessimistisches Ergebnis? So sollte es nicht gelesen werden. Regionale Unterschiede in der Wirtschaftskraft sind die Regel. So erreicht Rheinland-Pfalz nur 74 Prozent der Leistung von Hessen. Wenn es dauerhaft bei einem West-Ost-

Gefälle an wirtschaftlicher Leistung bleibt (freilich einem geringeren als heute), muss dies keinen politischen oder sozialen Sprengstoff beinhalten. Freilich: Es werden weiterhin Transfers nach Ostdeutschland fließen (müssen).

VII. Transfers

Einkommensumverteilungen von wirtschaftlich starken zu schwachen Regionen sind Element der deutschen Verfassung, und sie greifen seit der Vereinigung vor allem zugunsten Ostdeutschlands. Im Rahmen der Sozialversicherung werden Leistungen in Ostdeutschland aus westdeutschen Beiträgen mitfinanziert. Im Länderfinanzausgleich und durch Bundesergänzungszuweisungen erhalten die finanzschwachen ostdeutschen Länder Zuwendungen aus westdeutschem Steueraufkommen. Für die Sanierung und den Ausbau der Infrastruktur wie für die Beseitigung der Umweltschäden werden Transfers eingesetzt.¹¹

Die Transfers, praktisch ein Geldstrom von West nach Ost, bewirken, dass der Lebensstandard in Ostdeutschland über das Niveau des dort selbst erwirtschafteten Einkommens steigen kann. Im Ergebnis erreicht der private Verbrauch je Einwohner 82 Prozent (1999) des westdeutschen Wertes, während die Wirtschaftskraft nur 61 Prozent ausmacht.¹² Man kann die Entkopplung von Wirtschaftskraft und Konsum kritisch sehen: als Fehlreiz. Leistungsstarke (leistungsschwache) Regionen würden demotiviert, weil sie durch Zahlungspflichten (Zahlungsansprüche) bestraft (belohnt) würden.

Propagiert wird „Wettbewerbsföderalismus“, der jeder Region belässt, was sie selbst insgesamt an Einkommen oder – in der schwächeren Variante – was sie an zusätzlichem Einkommen erwirtschaftet. Wettbewerbsföderalismus, soweit er auf eine Absenkung des Transferrniveaus zielt, würde Ostdeutschland noch nicht gerecht. Der Lebensstandard würde drastisch absinken mit unabsehbaren Folgen (anschwellenden Abwanderungen, Rückschlägen in der Unternehmensentwicklung, letztlich Schwächung der ostdeutschen Wirtschaftskraft).

11 Eine ausführliche Würdigung der Transfers enthält Joachim Ragnitz/Vera Dietrich/Jacqueline Rothfels, Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern – Abschlussbericht, IWH Sonderheft, 1/1998.

12 Der höhere Konsum wird allerdings nicht nur durch Transfers ermöglicht. Eine wichtige andere Quelle sind die Einkommen, die ostdeutsche Arbeitnehmer als Pendler in Westdeutschland verdienen.

Transfers muss (und wird) es weiter geben. Das ist aber kein Freibrief. Das Ziel, von Transfers unabhängiger zu werden, muss ernsthaft angestrebt werden. Damit ist die Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern angesprochen.

VIII. Wirtschaftsförderung

Die Transformation wurde von Anbeginn an maßgeblich durch den Staat geprägt. Viele Maßnahmen waren umstritten. Bis heute hält eine Diskussion an, was man hätte besser machen können.

War die Einführung der D-Mark in der DDR im Juli 1990 richtig? Rein ökonomisch: nein. Denn damit wurden die wechsellkurspolitischen Optionen zur Stimulierung des ostdeutschen Exports aufgegeben. Aber ohne die Währungsunion wären noch mehr Menschen aus der DDR abgewandert, zum Nachteil des Neuaufbaus.

War die Übertragung des westdeutschen Regelwerks auf Ostdeutschland richtig? Nein, denn das war schon lange reformbedürftig. Nun wurde es, unzulänglich wie es war, den Ostdeutschen übergestülpt. Aber der Handlungsdruck war 1990 enorm. Da die meisten DDR-Regulierungen nicht mehr fortzuführen waren, mussten rasch neue her. Zeit für Reformen gab es nicht.

War die Privatisierungsstrategie der Treuhandanstalt richtig? Kritiker warfen ihr vor, Betriebe „platt gemacht“ oder zu billig veräußert zu haben. Aber zur Konzeption der Treuhandanstalt (Sanierung durch Privatisierung oder Schließung) gab es nur die abschreckende Alternative, Betriebe weiter in subventionierender staatlicher Obhut zu halten.¹³ Dass sich mit der Privatisierung der zusammengebrochenen Kombinate respektable Einnahmen erzielen lassen würden, war nie mehr als eine Illusion.

War die massive staatliche Förderung der Bautätigkeit sinnvoll? Nachträglich betrachtet nein, wie der heutige Wohnungsleerstand zeigt. Aber die Wohnungsnot war 1990 eklatant, der Bedarf an gewerblichen Bauten enorm. Die Förderung hat beide Probleme rasch gelöst, wenn sie auch übers Ziel hinausgeschossen ist.

War die staatliche Förderung der Investitionen sinnvoll? Puristisch gesehen nein: Manche Investoren haben Subventionen ohne Not kassiert (Mitnahmeeffekt), sich an sie gewöhnt (Subventions-

13 Vgl. Claus Köhler, Die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft. Die Rolle der Treuhandanstalt, in: R. Pohl (Anm. 2).

mentalität), manche unrentable Investition rechnet sich durch staatliche Förderung doch noch, aber nicht auf Dauer. Aber ohne die Subventionierung wären kaum Investoren in den Osten gegangen; besondere Standortvorteile hatte Ostdeutschland ja nicht. Subventionen glichen diesen Nachteil aus.

Zwölf Jahre nach der Vereinigung kann „Nachteilsausgleich“ nicht mehr angeführt werden. Zielrichtung der Wirtschaftsförderung ist heute nicht mehr die flächendeckende Subventionierung von Investitionen, sondern die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im Ganzen. Dazu gehören:

- die weitere Sanierung der Infrastruktur, insbesondere im kommunalen Bereich (kommunale Verkehrswege und Versorgungssysteme). Mittel hierfür werden im Rahmen des Solidarpakts II bis 2019 bereitgestellt. Noch fehlen aber weitgehend Konzepte für die Umsetzung des Sanierungsprogramms;
- die Aufrechterhaltung einer konkurrenzfähigen Hochschul- und Forschungslandschaft;
- die Herstellung wirtschaftsfreundlicher Bürokratien;
- die Förderung von Existenzgründungen;
- die Sanierung der öffentlichen Haushalte (Stärkung der öffentlichen Investitionen, Rückführung von Defiziten);
- schließlich auch die Förderung strukturschwacher Regionen nach deutschlandweit einheitlichen Kriterien und nicht mit der Gießkanne, sondern so, dass Wachstumspole an Kraft gewinnen.

Das alles ist notwendig, aber allein nicht ausreichend. Wenn Deutschland als Ganzes mit seinem Wirtschaftswachstum so schwach bleibt wie im letzten Jahrzehnt, fehlt den Investitionen jeder Schwung, Investitionen, die dann auch im Osten unterbleiben. Wenn der gesamtdeutsche Arbeitsmarkt mit immer neuen Regulierungen überzogen wird, welche die Kosten der Beschäftigung erhöhen, ohne den Unternehmen auch nur einen Euro mehr Umsatz zu bringen, fehlt dort der Schwung, der mehr Arbeitsplätze bringt. Daher ist es gerade aus ostdeutscher Sicht dringlich, dass die deutsche Wirtschaftspolitik auf einen Kurs geht, der Deutschland als Ganzem zu mehr Dynamik verhilft. Letztlich kann nur in einem dynamisch wachsenden Deutschland die ökonomische Transformation der neuen Länder gut vorankommen.

Unternehmerische Aktivität im Verbund mit staatlicher Förderpolitik und einer auf Dynamisie-

rung setzenden gesamtdeutschen Wirtschaftspolitik wird Ostdeutschland voranbringen, allerdings nur, wenn die Menschen dort eine positive Einstellung zur ostdeutschen Transformation bewahren oder wieder gewinnen.

IX. Einstellungen

Das ist vielleicht der heikelste Punkt: das negative Bild, das nicht wenige Ostdeutsche von ihrer Wirtschaft (nicht unbedingt von ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage) haben. In den Leserbriefspalten der Zeitungen und in politischen und wirtschaftlichen Diskussionen artikuliert sich Missbehagen.

Besonders greifbar ist dies in der Lohnfrage. Auch nach zwölf Jahren erreichen die Löhne erst 78 Prozent des westdeutschen Niveaus. Viele Arbeitnehmer fordern „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“. Ökonomen wenden ein, dass die Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) erst bei 70 Prozent des westdeutschen Niveaus liegt (das Bruttoinlandsprodukt *je Einwohner* liegt – wie bereits berichtet – sogar nur bei 61 Prozent). Der Grund: Die überwiegend jungen ostdeutschen Unternehmen sind an den Märkten noch nicht so erfolgreich wie die seit langem etablierten westdeutschen.¹⁴ Will man Arbeitsplätze bewahren, muss der Weg zur Lohnangleichung über die Produktivitätsangleichung gehen. Dies erfordert Zeit, mehr als die Arbeitnehmer Geduld haben?

Sorge um die Zukunft verbindet sich mit Abwanderungen. Noch zeigt sich kein bedrohliches Ausmaß. Im Jahr 2000 haben zwar 214 500 Menschen den Osten in Richtung Westen verlassen. Im gleichen Jahr sind aber 153 200 Menschen zugezogen (und aus dem Ausland per Saldo 13 400). Trotz des wirtschaftlichen Vorsprungs der alten Länder bieten die neuen für viele Menschen attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen. Auch müssen ostdeutsche Unternehmen bisher nicht die Pforten schließen, weil ihnen die Arbeitnehmer abwandern. Aber richtig ist, dass attraktive Jobs, wie sie große Firmen in München oder Frankfurt bieten – ein Anreiz für ehrgeizige junge Leute, dorthin zu gehen –, im Osten Mangelware sind. Noch kann man die Wanderungen als normale Mobilität bewerten (die viele Ostdeutsche dennoch irritiert, weil derartige Mobilität in der DDR nicht stattfand). Kritisch würde es, wenn schließlich die

¹⁴ Eine Analyse des Produktivitätsrückstands bieten Joachim Ragnitz/Gerald Müller/Anita Wölfl, Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen – Das Beispiel der neuen Länder, IWH Sonderheft 3/2001.

Unternehmen der Region den Rücken kehrten. Kritisch ist freilich schon jetzt der Bevölkerungsrückgang zu sehen (zwischen 1990 und 1999 um 1,2 Millionen Personen). Dies ist zu rund einem Drittel durch Abwanderungen, zu zwei Dritteln aber durch das Geburtendefizit verursacht. Ostdeutschland ist schon heute mit den Anpassungslasten bei schrumpfender Bevölkerung konfrontiert.

Missbehagen speist sich schließlich aus der Selbsteinschätzung mancher Ostdeutscher, „Bürger zweiter Klasse“ in Deutschland zu sein. Es ist richtig, dass an den entscheidenden Schaltstellen – Bundesregierung, Bundesbehörden, Gewerkschaften, Unternehmensverbänden, Kirchen, Wissenschaftsorganisationen – Ostdeutsche unterrepräsentiert sind. Da die großen tonangebenden Unternehmen ihren Firmensitz fast ausschließlich in Westdeutschland haben, da auch die Redaktionen der wichtigen überregionalen Zeitungen dort residieren, können sich Ostdeutsche leicht ausrechnen, dass die „westdeutsche Perspektive“ im gesellschaftlichen Prozess weiterhin bestimmend sein wird.

Missbehagen und negative Einstellungen, begründet oder nicht, beeinträchtigen die Wiederauf-

nahme des Aufholprozesses. Sie bergen die Gefahr der Resignation mit negativen Auswirkungen: Sie würde lähmen, Investoren abschrecken, jungen Leuten das Signal geben, ihre Zukunft doch lieber anderenorts zu suchen. Das Handicap Ostdeutschlands ist die verbreitete Unwilligkeit, sich über das bisher Erreichte zu freuen und daraus Selbstbewusstsein für die Fortführung des Transformationsprozesses zu schöpfen.¹⁵ Im wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskurs muss darum gerungen werden, dass sich positive Einstellungen durchsetzen.

Internetverweise des Autors:

- Umfangreiche empirische Studien zur ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung bietet (zum Teil mit Downloads): www.iwh-halle.de
- Statistische Daten über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aller Bundesländer liefert (mit Downloads): www.statistik.baden-wuerttemberg.de/VolkswPreise/ArbeitskreisVGR/home.asp

¹⁵ Vgl. Cornelia Lang/Rüdiger Pohl, Erfolg gegen Misserfolg. Maßstäbe für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland, in: Deutschland-Archiv, (2000) 1, S. 4–18.

Olaf Georg Klein Essay

Warum Ost- und Westdeutsche aneinander vorbeireden . . .

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/2002, S. 3–5

■ Viele Missverständnisse, Vorurteile und Kommunikationsprobleme zwischen Ost- und Westdeutschen basieren auf zwei grundsätzlich unterschiedlichen Kommunikationskulturen in Ost und West. Die Verständigung wird nicht durch einzelne Worte, sondern durch unterschiedliche Sprachstrategien, Wertehierarchien, mentale Modelle und unhinterfragte Voraussetzungen erschwert. Die Unterschiede zu kennen und bestimmte Kommunikationsregeln zu beachten hilft, die Kommunikation zu verbessern und Vorurteile abzubauen.

Viktoria Kaina

Mit Herz und Konto? Zur Wertigkeit der deutschen Einheit in den alten Bundesländern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/2002, S. 6–12

■ Die Frage nach der Bedeutung der Wiedervereinigung im Westen der Bundesrepublik führt über die Auswertung demoskopischer Befunde zu dem Ergebnis, dass die deutsche Einheit in den Augen vieler Westdeutscher vor dem Hintergrund realer Ängste und Unsicherheiten viel zu schnell hergestellt wurde. Besonders groß war dabei die Furcht vor den finanziellen Kosten und negativen Folgen für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsentwicklung. Dennoch ist die anhaltende Solidarität mit Ostdeutschland ebenso Ausdruck der Wertschätzung der Wiedervereinigung in den alten Bundesländern wie die Tatsache, dass die deutsche Einheit trotz massiver real vorhandener und subjektiv empfundener Probleme von westdeutscher Seite seit dem 3. Oktober 1990 zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt wurde.

Heiner Meulemann

Werte und Wertewandel im vereinten Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/2002, S. 13–22

■ Die Sozialverfassungen der beiden früheren Teilstaaten Bundesrepublik Deutschland und DDR sollten bewirkt haben, dass gleich nach der Wiedervereinigung die Werte Gleichheit in Ostdeutschland, Leistung und Mitbestimmung in Westdeutschland und Akzeptanz in Ostdeutschland stärker unterstützt werden. Zudem sollte man eine Annäherung in den Jahren nach der Wiedervereinigung erwarten. Tatsächlich findet Gleichheit in Ostdeutschland erst

nach einigen Jahren stärkere Unterstützung; Leistung hat und behält in Ostdeutschland mehr Anhänger; Mitbestimmung wird in beiden Landesteilen bis heute weitgehend gleich stark unterstützt; Akzeptanz wird bis heute in Westdeutschland stärker unterstützt.

Gitta Scheller

Individualisierungsprozesse in den neuen Bundesländern

Zur Freisetzung aus den Arbeitskollektiven

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/2002, S. 23–29

■ Im Beitrag wird unter individualisierungstheoretischer Perspektive untersucht, was nach der Wende von dem auf Mitmenschlichkeit und gesellige Freizeitaktivitäten ausgerichteten Gemeinschaftsideal der Arbeitskollektive übrig geblieben ist. Im Ergebnis zeigen sich mit der Abschwächung der ehemals kooperativen Arbeitsbeziehungen sowie der Aufhebung verordneter Freizeitkontakte zu KollegInnen eindeutige Individualisierungstendenzen, die aber keineswegs so umfassend sind, dass sie zu einer völligen Abschaffung des traditionellen Lebensstils geführt haben. So kommt z. B. dem Solidaritätsideal nach wie vor eine hohe normative Verbindlichkeit zu, und die Entsolidarisierung der Erwerbssphäre ging sogar mit einer Traditionalisierung der Gemeinschaftsbezüge im Bereich der privaten Lebensformen einher.

Rüdiger Pohl

Ostdeutschland im 12. Jahr nach der Vereinigung

Eine Bilanz der wirtschaftlichen Transformation

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/2002, S. 30–38

■ Ostdeutschland hat große wirtschaftliche Erfolge erzielt. Die Industrie behauptet sich im internationalen Wettbewerb. Infrastruktur und Umwelt sind saniert. Unternehmertum hat sich entfaltet. Allerdings ist der Unternehmensbesatz noch zu gering. Das vor allem erklärt die hohe Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaftsleistung stagniert bei rund 60 Prozent des westdeutschen Niveaus. Vor allem dank hoher Transfers erreicht der Lebensstandard jedoch gut 80 Prozent des westdeutschen Wertes. Die Wiederaufnahme des Aufholprozesses ist möglich nach Beendigung der strukturellen Schrumpfung der Bauwirtschaft und bei Fortführung der industriellen Dynamik. Wichtig ist jedoch, dass Tatendrang statt Resignation das Handeln bestimmt. ■